

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Comeback

Von Herbert Kremp

Mit seinem Siegeszug durch die Bezirke des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe erweist sich Kurt Biedenkopf genau als das, wofür er immer gehalten wurde: als brillanter Einzelkämpfer, Ein-Mann-Stoßtrupp in eigener Sache. High noon.

Was nun? Zweifelloser wird Biedenkopf mit großer Mehrheit in dem ihm verliehenen Amt des Vorsitzenden Westfalen-Lippe bestätigt werden, wenn am 2. Juli in Hagen die Entscheidung fällt. Die Vorstände, die den Professor abschütteln wollten, sollen dann sehen, wo sie bleiben.

Damit endet einer der seltsamsten Vorgänge, die in der CDU je zu verzeichnen waren. Sicher gab es Gründe, den Kandidaten (für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 1985) Worms dem Kandidaten Biedenkopf vorzuziehen. Aber daraus hätte sich eine Kampagne entwickelt, eine Verfolgungsschlacht bis vor die Stadtmauern. Das hat niemand mehr verstanden - von den Initiatoren vielleicht abgesehen.

Biedenkopf profitierte am Ende nicht vom Kopfnicken der Zustimmung, sondern vom Kopfschütteln der Verständnislosigkeit. Die „Basis“, bei der er Hilfe fand, akzeptierte ihn weder aus Mitleid noch wegen der intellektuellen Schärfe. Sie reagierte einfach so, wie anständige Leute reagieren, die zwischen politischem Umgang und einer Jagdszene zu unterscheiden vermögen.

Das wirkt sehr sympathisch, hilft aber Kurt Biedenkopf nicht allzuviel. Der wird nun auf dem schmalen Sattel von Westfalen-Lippe sitzen mit dem Gefühl, das Rodeo überstanden zu haben. Das ist etwas, aber nichts auf Dauer. Sitzfleisch ist kein Ziel und bestimmt nicht Biedenkopfs erste Tugend. Der Politiker hat einen schweren Kampf hinter sich, nicht die Zukunft. Es wird interessant sein zu beobachten, wie er sich jetzt den Weg nach Bonn bahnt.

In die Tasche gucken

Von Heinz Heck

Darf das Parlament dem Souverän, nämlich dem Staatsbürger, in die Tasche gucken? Soll im konkreten Falle für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss das Steuergeheimnis nicht mehr gelten? Geht man zunächst formal an die Frage heran, so gilt, daß nach dem Gesetz das Steuergeheimnis nur bei staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen aufgehoben werden darf.

Der Gesetzgeber - das ist ebenfalls das Parlament - hatte sicher gute Gründe für diese restriktive Handhabung. Wäre es nicht so, hätte er also etwas übersehen, so könnte ihn niemand daran hindern, geltendes Recht zu ändern. Davon ist in der bisherigen Diskussion, soweit bekannt, allerdings nirgends die Rede.

Schon diese Diskussion bringt ein hohes Unsicherheitsmoment für jeden Staatsbürger/Steuerzahler ins Spiel, das sich nicht nur - aber auch - an die Anwesenheit der Grünen im Parlament knüpft. Da diese bereits in anderem Zusammenhang öffentlich erklärt haben, sie seien nicht bereit, sich an bestimmte Geheimhaltungsaufgaben zu halten, hätte eine Unterrichtung des Untersuchungsausschusses, dem der Grüne Schily angehört, einen recht bedenklichen Charakter.

Pragmatische Erwägungen kommen hinzu: Im Zeichen der elektronischen Datenverarbeitung wandelt manchen Steuerzahler das beklemmende Gefühl an, seine Daten könnten auch in falsche Kanäle rutschen, ohne daß man ihn gleich der Hysterie zeihen sollte. Auch Betriebsgeheimnisse könnten verletzt werden. Der Hang zu Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft, durch die immer stärker anziehende Steuerschraube ohnehin sehr ausgeprägt, bekäme durch eine wie immer begründete Einschränkung des Steuergeheimnisses gewaltigen Auftrieb. Es sei grundsätzlich an die Diskussion über die Todesstrafe erinnert: Man sollte nicht unter dem Eindruck eines Einzelfalles eine gut begründete Rechtsbestimmung aufheben.

Die Angst und ihre Macher

Von Enno von Loewenstern

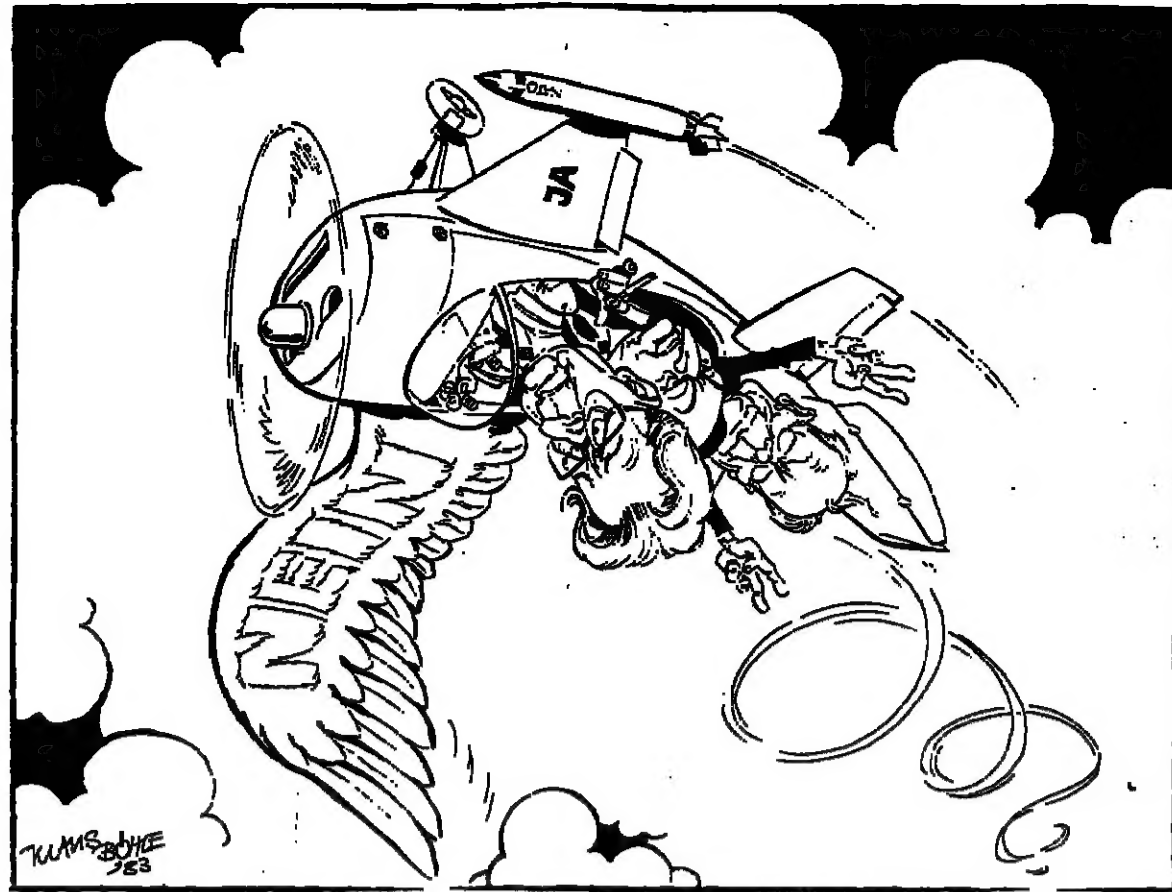
Während in der Bundesrepublik Deutschland gerade die Volksbefragung zum neuen Fetsch der Basisdemokraten erhoben wird, hat das Volk von Zürich und Umgebung eben diesen Kreisen tiefes Weh verursacht. Zürichs Polizei darf jetzt nach Gutdünken Telefone abhören und Briefe öffnen, erklängt es aus gepfeifter Brust eines Frankfurter Fortschrittsorgans. Das stimmt zwar so nicht, aber was macht das schon: Eine Volksabstimmung im Kanton Zürich hat mit Mehrheit von 97 161 Ja-Stimmen zu 77 404 Nein-Stimmen die Polizei ermächtigt, natürlich nicht nach Gutdünken, wohl aber, „wenn ein Verbrechen oder Vergehen verfolgt wird, dessen Schwere oder Eigenart den Eingriff rechtfertigt“, Briefe zu öffnen und Telefongespräche abzuhören.

Der mündige Bürger in einem Land, das uns allemal als Musterdemokratie empfohlen wird, hat sich somit erstmals mit einem Thema befassen dürfen, von dem in der Bundesrepublik behauptet wird, es versetze den Bürger in Angst und Schrecken vor dem „Überwachungsstaat“.

Nun muß man Volksbefragungen nicht für der Weisheit letzten Schluß halten. Hier aber ist es doch ganz interessant, welchen Ausdruck die angebliche Angst fand.

Nicht nur ergab sich eine klare Mehrheit für die Überwachung Verdächtiger. Sie war auch gleichmäßig über Stadt und Umgebung verteilt; es war also nicht an dem, daß etwa die „Aufgeklärten“ an der „Provinz“ scheiterten.

Die Mehrheit war für das Gesetz, obwohl viele Einzelheiten noch zu regeln sind; sie hielt es nicht für nötig, erst einmal deren Klärung abzuwarten. Und die Sprecher der Minderheit waren nicht einmal ausdrücklich gegen das Abhören; sie hielten lediglich den Rechtsschutz für ungenügend. Vielleicht am eindrucksvollsten war die, wie es in Zürich hieß, „miserable“ Beteiligung von nur 25,8 Prozent aller Stimmberechtigten: So sieht es mit der „Angst“ und ihrer Mache wirklich aus.



Doppelbeschlussflug: Die gerissene Rolle

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHL

Die Stadt, die zum Modell wurde

Von Dankwart Guratzsch

Als sich vor wenigen Tagen mehr als tausend Kommunalvertreter der Bundesrepublik zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt trafen, kam es zu ungeahnten spontanen Ovationen für diese Stadt. Vom Städtetagspräsidenten und Stuttgarter Oberbürgermeister bis zum Abgeordneten aus Lützen, vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bis zum Schweizer Ehrenpräsidenten, dem Stadtpräsidenten von Winterthur, äußerten sich die Gäste entzückt über die wundersame Verwandlung dieser Stadt, von der sie bisher überwiegend Schlechtes gehört hatten.

Oberbürgermeister Walter Wallmann hatte die Gäste in einem Beitrag für die Zeitschrift des Städtetages sogar ausdrücklich an diesen schlechten Ruf seiner Stadt erinnert, die mit ihren Hochhäusern zu einer „unwirtlichen Stadt“ geworden war. Nun aber erkor der Städtetag ausgerechnet Frankfurt unter dem Beifall des großen Plenums und von Vertretern aller Parteien zum Anlaß seiner „großen Freude“, wie der weishaarige Herr aus Winterthur sagte. Vom „Modell Frankfurt“ wurde gesprochen - wie konnte es dazu kommen?

Frankfurt hat die große Wende im Städtebau der Nachkriegszeit modellhaft vollzogen - und genau diesem Wandel galten die Lobeshymnen vor dem höchsten Vertretungsorgan der kommunalen Verwaltungen. So, wie die alte Freie Reichs- und Krönungsstadt, schon einmal, in der Weimarer Republik, mit Pioniersiedlungen des sozialen Wohnungsbaus die Entwicklung vorweggenommen hatte, so hatte sie nach 1945 radikal wie kaum eine andere mit den Ruinenresten der Vergangenheit aufgeräumt. Trabantensiedlungen, Wolkenkratzer, Betonstülp und Straßendurchbrüche - das war die Philosophie dieses Städtebaus, die bald wie ein Fieber in den Städten grassierte, in Frankfurt aber besonders denkwürdige Blüten trieb. Symbolisch für den Verfall der Stadtkultur ist der Ausspruch des SPD-Politikers Rudi

Arndt, eines Vorläufers von Wallmann im Amt des Oberbürgermeisters, er wolle demjenigen eine Million zahlen, der auch noch die Ruine der Alten Oper, für deren Wiederaufbau die Bürger seiner Stadt eine stattliche Anzahl Millionen gesammelt hatten, in die Luft sprengte.

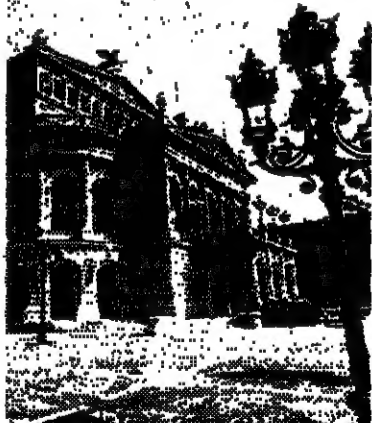
Die Alte Oper ist inzwischen wieder aufgebaut, und sie ist zum Symbol des „neuen Frankfurt“ geworden. Dieses neue Frankfurt besteht zum guten Teil aus alten, untergegangenen Bauten, die ins Leben zurückgerufen werden: Römerberg, Leinwandhaus, Patzschkeviell am Main, die sich in Museen verwandeln. Hinzu kommen spektakuläre Neubauten, an denen internationale Stararchitekten beteiligt sind: Im Bereich der Frankfurter Messe, am Museumsufer, im Freizeit- und Sportstättenbau. Schneisen des Hauptverkehrs wie die „Zell“ wurden in Fußgängerzonen verwandelt, mit neuen Brunnen und Bäumen geschmückt.

Das ist nichts anderes als das Leitbild von der „menschlichen Stadt“, der „Heimatstadt“, die wieder zum Inbegriff des Stolz ihrer Bürger wird. Dieses Leitbild wurde auf dem Städtetag nicht nur von Helmut Kohl, sondern von allen Rednern aller Parteien, auch von Hans-Jochen Vogel, beschworen, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Er hatte als Münchner Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Anfang

der siebziger Jahre mit dem Ruf „Rettet die Städte jetzt!“ die Umkehr zur „menschlichen Stadt“ gefordert. Das war in der Zeit der „roten Rathäuser“ gewesen, und auch in Frankfurt berufen sich Sozialdemokraten noch heute darauf, daß Walter Wallmann, der CDU-Bürgermeister, die Pläne für das „Modell Frankfurt“ doch nur von ihnen übernommen habe.

Aber ist es wirklich ein Zufall, daß die Verwirklichung dieser Pläne und der Übergang der Macht an die neue Bürgermeistergeneration der CDU in so vielen Städten zeitlich zusammenfielen? Die Spätzeit sozialdemokratischer Stadtherrschaft war ja gekennzeichnet durch Organisationsmodelle zentralistischer Planung, bei der parteipolitisch „reinsortierte“ Verwaltungen mit ebenso „reinsortierten“ Großunternehmen des Wohnungsbaus nach dem Muster einer nahezu „sozialistischen Planwirtschaft“ bei der Flächenanierung und Umkrempelung ganzer Städte Hand in Hand arbeiteten. An den Plätzen des radikalsten Vorgehens, Frankfurt und Berlin, hatten auch und gerade unter Vogel) alsbald Bürgerinitiativen, Studentenrevolten und Hausbesetzungen Hochkonjunktur wie an keinem anderen Ort. Hamburgs SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose sprach sein Wort von der „Unregierbarkeit der Städte“.

Im Modell Frankfurt, das ist das Signal des Städtetages 1983, sind diese Sorgen überwunden. Fast ist es ein Symbol, daß gerade gegen dieses Modell, an dem übrigens auch Sozialdemokraten im Magistrat mitarbeiteten, die gesamte übrige, inzwischen fast dezimierte Frankfurter SPD heute Sturm läuft. So, wie es ein Symbol ist, daß in den zwei Wochen seit Eröffnung der neu gestalteten „Zell“ mehr als 500 000 Frankfurter durch die Baumallee strömten - eine Prozession des Bürgerstolz, der sich auch von der Finanznot, die Frankfurt mit allen anderen Großstädten teilt, nicht niederdrücken läßt. Er ist das Pfand für die wieder gefundene Lebenskraft der Stadt.



Menschlicher Leben: Frankfurter Oper FOTO: ROLAND WITCHEL/DPA

Wenn die Schule hinter der Tagesmode herzulaufen hat

Joist Grolles seltsame Begründung für einen Dissens / Von Joachim Neander

Daß die Kultusminister sich über die „Friedenserziehung in den Schulen“ nun doch nicht einigen können, ist beklagenswert; bemerkenswert aber ist darüber hinaus, wie der Hamburger Schulsenator Professor Joist Grolle (SPD) dieses durch seinen Brief an die Kollegen besiegelte Scheitern begründet. Man habe, so schreibt er, damals zu Beginn der gemeinsamen Beratungen die Entwicklung und Zuspitzung der „ristungs politischen Kontroverse, die gegenwärtig in unserer Gesellschaft geführt wird“, noch nicht absehen können. Diese Entwicklung erschwere zunehmend die Konsensfindung.

Zu deutsch heißt das: Die Definition von Erziehungszielen der Schule, hier zum Thema Frieden und Verteidigung, wird in direkter Abhängigkeit vom jeweiligen tagespolitischen Diskussionsstand gebracht. Konkret: Eine KMK-Vereinbarung, wäre sie im Dezember 1980 zustande gekommen, müßte also von den Sozialdemokraten heute auf Grund der Entwicklung der öffentlichen Diskussion wieder aufgekündigt werden.

Dabei sollten die Bildungspolitik der SPD doch eigentlich gewarnt sein. Sie sind gebannte Kinder. Was ist aus den Bergen von Rahmenrichtlinien, Curricula und Erziehungsdefinitionen geworden, die Anfang der siebziger Jahre nicht nur in sozialdemokratisch regierten Bundesländern emporwuchsen? Golo Mann sprach damals von einem „Wettlauf unter den Liebdeinen der Stunde“. Im Rückblick erweist sich ein großer Teil dieser hektischen Bemühungen - ob in Kraft gesetzt oder nicht - als ein Mühlproblem, steht man einmal von gewissen schwer abbaubaren Schadstoff-Rückständen in den Hinterköpfen befrogener Lehrer und Schüler ab.

Die Urfassung der hessischen Rahmenrichtlinien beispielsweise (wer sie noch besitzt, sollte sie zur Erbauung seiner Enkel unbedingt aufheben) liest sich inzwischen über weite Strecken fast wie eine Parodie. Ihre direkt an der damaligen politischen Tagesmode orientierten neomarxistischen Erklärungsmuster für

Gott und die Welt wären heute selbst in Sponti-Blättern nur noch Ziel des Gespöts.

Daß Schulunterricht, speziell in Fächern wie Sozialkunde (Gesellschaftslehre), Geschichte oder Deutsch, auf die eine oder andere Weise den jeweiligen Tagesstand der politischen Diskussion widerspiegelt, ist eine fast banale Tatsache, die jeder Vater mehrerer Kinder aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Das ist legitim und wäre selbst dann nicht zu verhindern, wenn man es verhindern wollte.

Um so mehr müßten die Bildungspolitik, die der Schule langfristige Zielvorgaben vermitteln wollen, nach anderen Bezugspunkten suchen. Der Text des Grundgesetzes, wie ihn Bundespräsident Carstens bei seinen Vermittlungsversuchen in Sachen Friedenserziehung anvisierte, wäre da sicher keine schlechte Position gewesen. Überhaupt scheinen Bescheidenheit und Zurückhaltung bei der Formulierung von Erziehungszielen nicht das Schlechteste zu sein. Golo Mann, um ihn

IM GESPRÄCH Egon Hölder

Von der Bildung zur Zählung

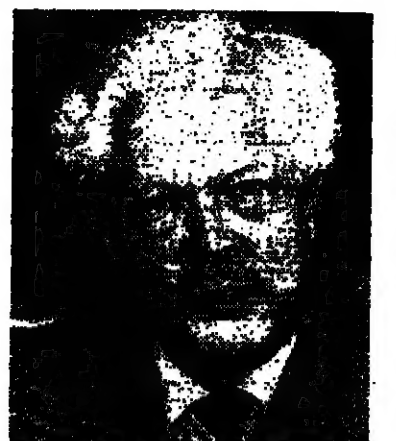
Von Eberhard Nitschke

Wenn es ein Bundes-Kultusministerium gäbe, dies wäre seine Basis: die „Unterabteilung für kulturelle Angelegenheiten des Bundes und politische Bildung“ im Bundesinnenministerium. Ihr Leiter, Ministerialdirigent Egon Hölder, ist soeben mit einer neuen Aufgabe versehen worden - als Nachfolger von Franz Kroppenstein, dem Innenminister Friedrich Zimmermann als seinen neuen Staatssekretär bestellte, wird Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

Die Umzugsakten in Hölders Büro nehmen schon mehr Platz ein als die Möbel. An der Wand fehlt ein großes Bild: Jan Peter Tripps eindringliches Porträt eines glatzköpfigen Mannes mit großen Ohren und dem Titel „Jakob, seine Stimme und die Natur“ aus den Ankäufen des Bundes für die geplante Kunsthalle in Bonn ist eben nach Moskau ausgeliehen worden. Auf Hölders Schreibtisch steht noch das erste Bronzebild jenes Adenauer-Kopfes des Münchner Bildhauers Hubertus von Pilgrim, dessen Ausführung seit einem Jahr vor dem Bundeskanzleramt Diskussionsstoff vor allem für die vielen Besuchergruppen ist.

Daß dies nach endlosem Gerangel hinter den Kulissen zustande kam, geht auf Hölders in 28 Bonner Jahren erworbene Fähigkeit zurück, im rechten Augenblick das richtige Gespräch zu führen. Mit dem nicht gerade typischen Eton und zweihundert Millionen Mark (davon allein jährlich 80 Millionen für die von der Bonner Unterabteilung mit betreute Stiftung Preußischer Kulturbesitz) ist das „Bundes-Kultusministerium“ auf solche Talente angewiesen.

Der Volljurist Egon Hölder aus Pforzheim, Jahrgang 1927, begann seine Bonner Jahre 1956, als er in das Bundesministerium des Innern als Assessor eintrat und sich zunächst bis 1960 mit Fragen des allgemeinen Verfassungsrechts, der Verfassungsgerichtsbarkeit



Neuer Chef des Statistischen Bundesamtes: Hölder FOTO: PETER POPP/DPA

und der Neugliederung des Bundesgebietes zu beschäftigen hatte. Das dauerte bis 1960, unterbrochen durch ein Jahr wissenschaftlicher Arbeit beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin. 1963 wurde Hölder Leiter des Referates für Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes im Innenministerium. 1967 übernahm er ein Referat für Fragen der Organisation der Bundesregierung und der Bundesbehörden. Die gleichzeitige Betreuung einer Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform war eine Aufgabe, die ihn in größere Nähe mit seinem neuen Wiesbadener Wirkungskreis brachte. Denn 1970 wurde er Leiter einer Unterabteilung, die sich mit Fragen der rationalen Datenverarbeitung und dem Entwurf eines Bundesdatenschutzgesetzes beschäftigte, und Vorsitzender der interministeriellen Arbeitsgruppe „Informationsbanksystem“.

Hölders letzte Kulturaufgabe in Bonn ist die Vergabe des Deutschen Filmpreises 1983. Seine Frau, Juristin im Bundesverkehrsministerium, und drei schulpflichtige Kinder bleiben zunächst in Bonn.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die amerikanische Ausgabe des Papstes werden vertrieben in den Medien mit größter Anteilnahme verfolgt:

THE NEW YORK TIMES
Die Reden des Papstes haben das Regime in Warschau offenbar überrollt. Noch mehr Gedanken müssen sich die Machthaber jedoch über der riesigen Zulauf machen, der Johannes Paul II. in den vergangenen Tagen zuteil wurde. In einigen Tagen wird der Papst Polen wieder verlassen. Zurück bleibt jedoch ein Volk, das auch nach 18 Monaten Kriegrecht dem Regime von General Jaruzelski jegliche Legitimität abspricht... Die Sowjets und ihre polnischen Handlanger kontrollieren die Institutionen des Staates. Esen ist es jedoch nicht gelungen, Kontrolle über ein Volk auszuüben, das sich nach einer besseren Gesellschaftsordnung sehnt.

The Daily Telegraph
Wenn der Papst in Katowitz seinen Zuhörern aus der Arbeiterklasse darlegt, daß das Recht zur Bildung von Gewerkschaften nicht von irgend jemandem verliehen, nicht vom Staat gegeben werde, sondern daß es „ein angeborenes Recht“ sei, dann sagt er das, was jeder Pole weiß, was zu sagen aber jedem Polen außer ihm verboten ist. Auf diese Weise macht er sich zum Sprecher seines Volkes.
(London)

LE FIGARO
Was Lech Walesa seit zwei Jahren nicht mehr sagen darf, findet sich heute so wichtig, Johannes Paul II. sagt es täglich mit mehr und mehr Kraft... Es ist unmöglich, noch weiter zu gehen, ohne die polnischen Behörden zu zwingen, eine Reise brutal abubrechen, von der sie einen Beitrag zur „Normierung“ erhoffen und die statt dessen jeden Tag klar zeigt, wie unnatürlich ihre vom ganzen Volk

verabscheute Politik ist... Man kann schon jetzt sagen, daß nach den Phasen der Resignation, der Verweigerung und gelegentlicher hoffungsloser Revolver von nun an die große polnische Bewegung des spirituellen Widerstands begonnen wurde. (Paris)

LE PROGRES
Wenn Johannes Paul II. sich so vorbehaltlos auf die Seite der „Solidarität“ stellt, dann deshalb, weil er eine vorsichtige Haltung nicht mehr für angebracht hält. Für ihn ist die Zeit des Kompromisses vorbei, weil der Kompromiß zu nichts führt... (Er ist davon überzeugt, daß die Herrschenden wie ihre Vorgänger nur eine harte Sprache verstehen und die Kirche ihre Rolle in Polen nur dann weiter spielen kann, wenn sie sich stark zeigt.) (Lyon)

KRONENZEITUNG
Die Worte des Papstes werden jedoch noch lange nachwirken. Die Priester werden sie in ihren Predigten wiederholen. Denn was der Papst öffentlich, ja zum Teil vor den staatlichen Fernsehcameras ausgesprochen hat, das kann niemand mehr verbieten... Ein demokratisches, resignierendes Volk hatte diesen Zuspruch dringend nötig. Er mußte aus einem Mund kommen, dem alle glauben. (Wien)

SÜDKURIER
In dem Gebet, das Johannes Paul II. bereits am Wochenende in Warschau sprach, findet sich das Leitmotiv seiner Reise durch sein Heimatland, findet sich aber auch die Erklärung für die Angst, die das Regime Jaruzelski hat. Der Satz des polnischen Papstes, wonach der Staat vor allem durch die Unterstützung des Volkes stark sei, enthält, warum der polnische Staat schwach ist, weil eben diese Unterstützung nicht hat. (Konstanz)

Ab Sal der Na dem B hohen Gefahr

Die F War

Johannes Paul II. verteidigt das Recht der Arbeiter auf Bildung von Gewerkschaften/„Hunger nach Gerechtigkeit“

Polen als Teil der westeuropäischen Kultur

Von CARL G. STRÖHM

Das Denken und Handeln des polnischen Papstes vollzieht sich in eine Art Dialektik. Hatte er sich 1979, während seiner ersten Reise durch Polen, als „Papst der Slawen“, ja als Papst aus dem Osten bezeichnet, so würdigte er jetzt in Posen die Zugehörigkeit Polens zur Kultur Westeuropas. Beides mag auf den ersten Blick als Widerspruch erscheinen – und doch ergibt es einen tieferen Sinn.

Es war und ist der Stolz nicht nur der Polen, sondern fast aller osteuropäischen Nationen, geistig, kulturell, auch religiös eigentlich ein Teil des Westens zu sein. Diese innere Lebenshaltung zieht sich von den baltischen Nationen an der Küste der Ostsee mit ihrer Affinität zu Skandinavien und den deutschen Hansestädten bis zu den Rumänen am Schwarzen Meer, die ihre Zugehörigkeit zum roman-

schen Reichstag – dem Sejm – gab es das „Liberum Veto“. Ein einziges Mitglied dieser Versammlung, die sich zumeist aus dem polnischen Kleinadel, der „Szlachta“, zusammensetzte, konnte mit seiner Nein-Stimme eine Entscheidung des Königs oder der Mehrheit zu Fall bringen. Natürlich hatte das seine Kehrseite. Aus der polnischen individuellen Freiheit entwickelte sich auch das polnische Chaos, die Unfähigkeit, zu Entscheidungen zu gelangen. Das wiederum hat nicht unwesentlich zum Scheitern der alten Adelsrepublik beigetragen, die im 18. Jahrhundert dreimal von mächtigen und handlungsfähigen Nachbarn – Russland, Preußen, Österreich – geteilt wurde.

Ein Jahr vor der dritten Teilung Polens wurde am 3. Mai 1791 die in diesen Tagen von Papst Johannes Paul II. gepriesene polnische Verfassung verkündet: ein Dokument, das sich im wesentlichen an den Prinzipien der europäischen Aufklärung und den Freiheitsidealen der amerikanischen Verfassung orientierte.

Diese westlichen Prinzipien wurden sogar in die Zeit nach den Teilungen hinübergerettet: „Konstytucja 3. Maja“ – jener Teil der einstigen Rzeczpospolita, der nach den napoleonischen Kriegen dem russischen Zarenreich zugesprochen worden war, erhielt eine liberale Verfassung.

Hier zeigte sich eine gewisse Parallele zur Gegenwart: Der russische Zar Alexander war zugleich König von Polen. Als Zar war er ein autokratischer Selbstherrscher – als König von Polen aber war er ein konstitutioneller Monarch, der einem Parlament Rechenschaft schuldete.

Schon damals herrschte bei führenden Militärs und Beamten des Zarenreichs die Furcht, „polnische Ideen“ könnten sich nach Rußland ausbreiten und auch dort zu demokratisch-konstitutionellen Entwicklungen führen.

Zar Nikolaus I. hob nach einem großen Aufstand der Polen 1830 die Verfassung auf und verwandelte den Kongress-Polen in ein „Generalgouvernement“ (diese russische Bezeichnung wurde ironischerweise von Hitler 1939 wieder zum Leben erweckt).

Daß Polen auch heute im Zeichen des Kriegszustandes und einer schweren ökonomischen Krise „westlich“ wirkt, wenn man aus dem „großen Osten“ kommt, wird jeder Reisende bestätigen, der einmal die sowjetische Grenze überschritten hat.



Breslau, sechster Tag der Polen-Reise des Papstes: Mehr als 600 000 Gläubige hatten sich auf der Pferderennbahn versammelt, wo Johannes Paul II. eine Messe feierte. Breslau war nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 Schauplatz besonders erbitterter Auseinandersetzungen zwischen Polizei und protestierenden Arbeitern. Bis vor kurzem gab es dort noch eine verhältnismäßig gut funktionierende Ortsverwaltung der „Solidarnosc“.

In Kattowitz erinnert der Papst an „Solidarnosc“ und Lech Walesa

Von F. MEICHSNER

Mit immer größerer Entscheidung bekämpft Johannes Paul II. auf seiner Polen-Rundreise die Forderungen des polnischen Volkes nach Gerechtigkeit und nach voller Verwirklichung der Menschenrechte. Mit ständig zunehmender Nervosität reagiert das herrschende Militärregime auf die dadurch ausgelösten Demonstrationen des Protests gegen die repressive Regierungspolitik seit dem 13. Dezember 1981. Mit wachsender Sorge und immer deutlicheren Dämpfungsmaßnahmen versucht der polnische Episkopat der Gefahr zu begegnen, daß der Rausch, in den der Papst – überall, wo er auftaucht – die Massen zu versetzen scheint, ins Politische übergeht. Das war die Situation am dritten Tag des päpstlichen Pastoralbesuches in seiner Heimat – nach den Massenmessen von Posen, Kattowitz und Breslau.

Sein bisher deutlichstes Bekenntnis zu den prinzipiellen Zielen der aufgelösten Gewerkschaft „Solidarnosc“ legte Karol Wojtyła unter dem stürmischen Beifall seiner Zuhörer am Montagabend in seiner Predigt in Kattowitz ab. Er erinnerte an sein Treffen im Vatikan mit einer „Solidarnosc“-Delegation unter Führung von Lech Walesa, verteidigte das Recht der Arbeiter auf Bildung von Gewerkschaften und verwies auf den „tiefen moralischen Sinn“ der Frage, die sich in den letzten Jahren in Polen gestellt habe. Diese Frage könne nur durch einen „wahren Dialog der Staatsautorität mit der Gesellschaft gelöst werden“.

In Breslau sprach der Papst dann gestern – immer wieder vom Beifall unterbrochen – vom „Hunger und Durst nach Gerechtigkeit“, die sich besonders während der letzten Jahre manifestiert hätten. „Ich möchte“, so fügte er hinzu, diesen gerechten Hunger und Durst eines großen Teils meiner Landsleute vor allem bewahren, was sich deformierend und schwächend auswirken könnte. Aber gleichzeitig möchte ich diesen Hunger und Durst auch gegen alle ungerechten Einwände und Anklagen in Schutz nehmen – von welcher Seite sie auch kommen mögen.“

Der Pflicht zur Arbeit stünden die Rechte des arbeitenden Menschen gegenüber, sagte Johannes Paul II. in Kattowitz und zitierte dabei aus seiner Sozialenzyklika „Laborem exercens“, in der er die Gewerkschaften als „unverzichtbares Element des Soziallebens“ bezeichnete, sowie aus einer Rede des verstorbenen Kardinal-Primas Wyszyński, in der es hieß, das Recht der Menschen, sich zusammenzuschließen, sei nicht ein zugestandenes, sondern ein dem Menschen angeborenes Recht. „Deshalb ist uns dieses Recht nicht vom Staat gegeben. Dieser hat nur die Pflicht, es zu schützen und darüber zu wachen, daß es nicht verletzt wird.“

Wie nervös die staatlichen Auto-

ritäten auf die durch die Papst-Predigten ausgelöste Massenstimmung reagieren, zeigte sich am Montagmorgen in Posen. Dort hatte der Papst bei der Messe im Kulturpark das aus zwei riesigen Steinkreuzen bestehende Denkmal für die Opfer des antialienistischen Volksaufstandes von 1956 erwähnt und gesagt, daß auch er vor diesem Denkmal niederzuknien wolle – „im Geiste“, wie es in der gesprochenen Predigt hieß, ein Zusatz, der in den bereits in Rom angefertigten italienischen, englischen und französischen Übersetzungen des vorbereiteten Redetextes nicht enthalten war.

Nach Abschluß der Messe nahmen Tausende von Menschen ihren Heimweg über den zentralen Mackiewicz-Platz, auf dem das Denkmal steht. In Gruppen versammelten sie sich kurz vor den Kreuzen, legten Blumen nieder, beteten. Immer mehr Milizpolizisten tauchten auf dem Platz auf. Wer länger vor dem Denkmal verharre, wurde aufgefordert weiterzugehen. Aus einem tiefgelegenen Hubschrauber wurde diese Aufforderung mehrmals über Lautsprecher wiederholt.

Plötzlich lag vor den Kreuzen inmitten der Blumen auch ein kleines „Solidarnosc“-Papierflüßchen, und in einer Gruppe stimmte jemand summand das „Solidarnosc“-Lied an. Die Töne wurden aufgeführt und steigerten sich zum lauten Gesang. Wie bei einer Kettenreaktion hoben sich, als einer den Anfang gemacht hatte, fast alle Hände zum V-Zeichen. In Wachen vor der St.-Anna-Kirche schloß sich die Miliz zu Beginn des Papst-Besuches um Manifestationen dieser Art noch nicht weiter gekümmert. Hier in Posen griff sie

massiv ein. Zunächst stießen „Überfallkommandos“ von jeweils drei bis vier Mann blitzartig zum Denkmal vor. Eine solche Gruppe riß das „Solidarnosc“-Flüßchen an sich. Andere griffen sich Leute aus der Menge. Während ein starkes Polizeiaufgebot die Verbindungsstraße vom Kulturpark zum Mackiewicz-Platz herabschickte, rückten mindestens sieben Personen – darunter der römische Episkopat – abgeführt. Der deutsche Journalist kam nach zwei Stunden und nach der Belehrung, daß in Polen nach wie vor Kriegerecht herrsche, wieder frei.

Der Tatsache, daß dieses Kriegerecht offiziell suspendiert worden ist, wurde dabei ebenso wenig Rechnung getragen, wie in der letzten Erklärung des Regierungssprechers in Warschau, der „beunruhigend“ hervorhob, daß der Papst als Staatsoberhaupt seinen Besuch in Polen „während der Periode des Kriegsrechts“ mache.

Von den kirchlichen Stellen wird in dieser Atmosphäre, die eine Eskalierung der Spannung vor allem nach Beendigung des Papst-Besuches ankündigt, alles versucht, um die aufkommenden Leidenschaften zu dämpfen. Die Tatsache, daß die Zahl der bei den Messen gezigten „Solidarnosc“-Transparente zurückgegangen ist, läßt auf schärfere Kontrollen des kirchlichen Ordnungsdienstes schließen. Der Papst selbst mahnt gelegentlich nach seinen Predigten, von denen vorbereiteten Texten abzuweichen, und weist die Stellen mit keinem Wort ab, die in extempore Abschiedsworten zu Ruhe und Besonnenheit. Er dämpft neuerdings der bei allen politisch und sozial bezugsreichen Stellen seiner Reden aufbrausenden Beifall dadurch ab, daß er nach nur kurzer Pause sofort weiter spricht.

Aber es hat den Anschein, als ob die meisten Zuhörer Mahnungen gar nicht mehr hören oder hören wollen. Für sie zählt vor allem das, was sie zuvor vernommen haben.

In seiner Predigt bei der Messe auf dem Gelände der Breslauer Pferderennbahn stellte Johannes Paul II. die auf die aktuelle Lage der polnischen Gesellschaft bezogenen Ausführungen unter das Motto des gegenseitigen Vertrauens. Von der Wiederherstellung dieses gegenseitigen Vertrauens hänge die „Zukunft des Vaterlandes“ ab. „Auf all das, was der gerechte Hunger und Durst nach Gerechtigkeit im Leben der Nation ist, muß so geantwortet werden, daß die ganze Nation das gegenseitige Vertrauen wiedergewinnt.“ Das Vaterland sei „eine große gemeinsame Verpflichtung“, sagte er. Zum Schluß gedachte der Papst, derjenigen, die ihr Leben während der Ereignisse der letzten Jahre gelassen haben. Er endete unter starkem Beifall mit der Zitation der biblischen Selbsterleuchtung: „Selig sind die, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit, denn sie werden gesättigt werden.“

„Es geht um das Recht, das die Menschen haben, sich zusammenzuschließen. Dieses Recht wurde nicht von irgend jemandem gewährt. Es ist ein angeborenes Recht. Es wurde uns also nicht vom Staat gegeben, der nur die Pflicht hat, dieses Recht zu schützen und darüber zu wachen, daß es nicht verletzt wird. Dieses Recht wurde vom Schöpfer verliehen, der aus dem Menschen ein soziales Wesen machte.“

Der Annaberg – Symbol einer Teilung

Der Annaberg, die höchste Erhebung Oberschlesiens (385 Meter über dem Meer), Wallfahrtsort und Sitz eines Franziskanerklosters, hat in der jüngsten Geschichte der Polen und Deutschen besondere Bedeutung erlangt. Am 21. Mai 1921 stürmten Angehörige des deutschen „Selbstschutzes Oberschlesiens“ und des „Freikorps OS“ den von polnischen Aufständischen (Insurgenten) verteidigten Berg.

Die Insurgenten waren am 2. Mai 1921 in die damals als Folge des Ersten Weltkrieges zwischen Polen und Deutschland umstrittene preussische Provinz Oberschlesien eingedrungen. Führer des polnischen Aufstandes war Wojciech Koranyi, viele Jahre Abgeordneter des Deutschen Reichstages. Der Westen des Landes, Landtage und später christlich-demokratisches Mitglied des polnischen Sejm. Koranyi und seine Anhänger wollten die Angliederung ganz Oberschlesiens an Polen erzwingen. Eine durch den Versailler Vertrag vorgesehene Volksabstimmung in dem sowohl von Deutschen als auch von Polen besiedelten Gebiet hatte im westlichen Bereich der Provinz und zum Teil darüber hinaus eine Mehrheit für Deutschland gebracht. Nach der Schlacht am Annaberg kam es zur Teilung Oberschlesiens: Die östlichen Gebiete mit dem überwiegenden Teil der Schwerindustrie und des Bergbaus – Kattowitz und Königshütte – wurden Polen angegliedert. Der Westen verblieb bei Deutschland. Die Hinderburg und Gleiwitz verblieben beim Deutschen Reich.

Koranyi, der für die Vereinigung Oberschlesiens mit Polen gekämpft hatte, wurde 1930 vom Regime des Marschalls Pilsudski – dessen scharfer Gegner er war – verhaftet, er mußte 1934 aus Polen emigrieren. Nach seiner Rückkehr 1939 – kurz vor Kriegsausbruch – wurde er abermals von der polnischen Regierung verhaftet. Koranyi starb kurz darauf. Die Unterstellung ganz Ober- und Niederschlesiens unter polnische Verwaltung, die seine kühnsten Träume weit übertraf, hat er nicht mehr erlebt.

CARL GUSTAF STRÖHM

Breslau: Papst ruft zur Versöhnung auf

Fortsetzung von Seite 1

Gdansk (Danzig), Lesno (Lissa), Silesien (Stettin), Opole (Oppeln), Legnica (Liegnitz), Kłodzko (Glatz) und viele andere zu lesen. In seiner Begrüßungsansprache bekräftigte der Erzbischof der Stadt, Henryk Gulbinowicz, die Haltung des polnischen Episkopats, daß diese Gebiete als Bestandteil Polens nicht mehr zur Disposition stünden. An Johannes Paul II. gewandt, sagte Gulbinowicz: „Wir sind glücklich, den Papst auf dem Boden empfangen zu können, den wir nach vielen Jahrhunderten mit unserem eigenen Blut wiedererobert haben und den wir nach dem Zweiten Weltkrieg mit großen Opfern wieder aufgebaut haben.“ Er erinnerte auch an den Anteil des ehemaligen Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyła an der Neugründung der Kirchenbezirk Breslau. Der Kirchenbezirk Breslau war bis 1972 von direkt dem Heiligen Stuhl unterstehenden Apostolischen Administratoren verwaltet worden. Erst dann, nach dem deutsch-polnischen Vertrag wurde ein ordentlicher Bischof eingesetzt.

Ungeachtet der unüberhörbaren Drohungen der Warschauer Regierung trat Johannes Paul II. auch am sechsten Tag seines Polenbesuchs für die verbotene Gewerkschaft „Solidarnosc“ ein. Immer wieder von Beifall unterbrochen sagte er: „Die ganze polnische Nation muß in gegenseitigem Vertrauen leben, und dieses Vertrauen gründet sich auf die Wahrheit. Die ganze polnische Nation muß dieses Vertrauen im weitesten Umfang seiner gesellschaftlichen Existenz wiedergewinnen. Das ist eine grundlegende Angelegenheit. Ich zögere nicht zu sagen, daß gerade davon und vor allem davon, von dem auf der Wahrheit aufgebauten Vertrauen, die Zukunft des Vaterlandes abhängt. Zentimeter für Zentimeter und Tag für Tag muß man dieses Vertrauen bauen, wiederaufbauen und vertiefen.“

Selig sind, die nach der Gerechtigkeit hungern und dürsten. Es gibt hier in Breslau, hier in Niederschlesien, in ganz Polen viele Menschen, unendlich viele Men-

schen, die nach Gerechtigkeit hungern und dürsten.“

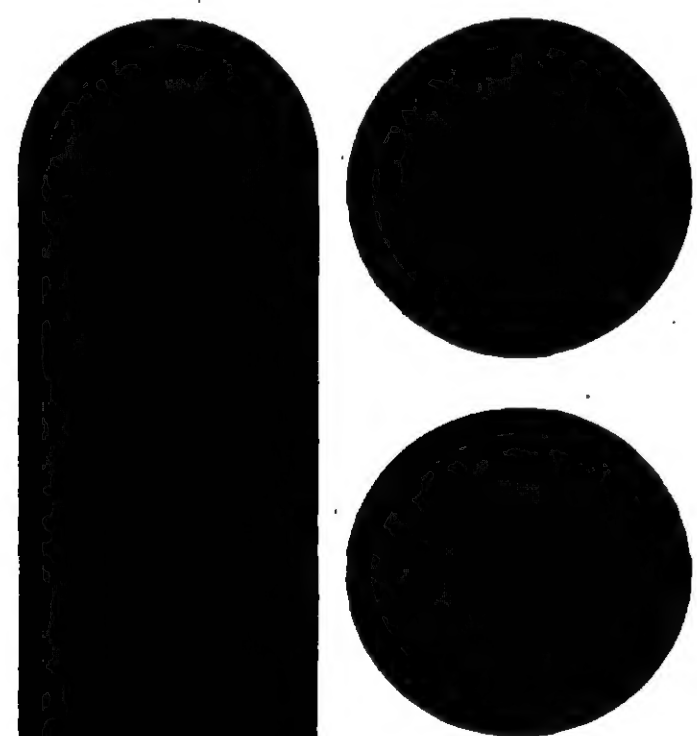
Die Kirche verspricht, diesen „gerechten Hunger und Durst“ der großen Masse meiner Landsleute vor allem zu befrieden und sie vor allen verletzenden Vorwürfen und Unterstellungen zu schützen, wobei sie auch immer kommen.

Am Rande des Papstbesuchs in Breslau kam es gestern zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten. Starke Polizeieinheiten versuchten die Menschenmenge von der Innenstadt fernzuhalten, wo offenbar eine Protestversammlung in der Nähe der früheren Zentrale der „Solidarnosc“ geplant war. Über der Innenstadt kreisten Hubschrauber.

Zum ersten Male hatte am Dienstagabend die polnische Regierung Kritik an dem Inhalt der Papstpredigt geäußert. Der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski verurteilte in einem von der Presse des Landes gestern ausführlich zitierten Interview die Verbreitung der Ansicht, daß die polnische Jugend keine Zukunftsperspektiven haben. Johannes Paul II. hatte sich im Wallfahrtsort Tscheschenstoch an die jungen Polen gewandt und gesagt, er wisse von ihrem Leiden, dem Gefühl des Unrechts und der Erniedrigung sowie von ihrem Mangel an Zukunftsperspektiven.

Rakowski sagte in dem Interview, obwohl der Name des Papstes zu erwähnen: „Aufbau des Vaterlandes gegen den eigenen Staat, also gegen die eigenen Eltern, die in großer Mühe die Volksrepublik Polen aufgebaut haben, ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Verbrechen.“ Bisher hatte die Warschauer Führung noch keine der Papstpredigten, die immer wieder auf die aktuelle Entwicklung Polens seit dem Sommer 1980 Bezug nahmen, kommentiert, sondern nur vor weiteren Demonstrationen gewarnt.

Arbeitsführer Lech Walesa erhielt gestern für sein geplantes Treffen mit dem Papst drei Tage Sonderurlaub von der Danziger Leninwerk.



Wir setzen Zeichen. Und zwar dieses. Mit dem Fortune 32:16. Dem leistungsstarken Mikro. Und echten Mehrplatz-Bürocomputer. Für den professionellen Einsatz. Eine Klasse für sich. Die Möglichkeiten eines Minis. Zum Preis eines Mikros. Mit ausgereifter deutscher Software. Und mit bundesweitem Händler- und Servicenet. 5.000 installierte Systeme weltweit. In nur zehn Monaten. Das setzt Zeichen.

FORTUNE 32:16

Fortune Systems GmbH, Frankfurter Straße 63-69, 6236 Eschborn
Telefon 06196/47005, Telex 418153 ford

intercity

Gesprächsstuf

banon: lange-Parti cht belaste

AP DW

Landesliche Antriebe... (text continues with various news snippets and headlines)

Rasch lei

GRAB SCHWERN... (text continues with various news snippets and headlines)

Kuba will Nicaraguas Revolution „retten“

General Ochoa organisiert angeblich militärisches Engagement / Erfahrung schon in Angola gesammelt

WERNER THOMAS, Miami
Die Schlagzeile der „New York Times“ gab den Diskussionen über den Mittelamerikakonflikt eine neue Dimension: „Kubas oberster Frontgeneral soll in Nicaragua dienen.“ Gemeint ist General Arnaldo Ochoa Sánchez, Fidel Castros stellvertretender Verteidigungsminister, der einst die kubanischen Truppenverbände in Angola und Äthiopien kommandierte.

Ochoas Nicaragua-Mission dramatisiert eine Entwicklung, die bisher kaum registriert worden war: Mit der wachsenden Bedrohung des sandinistischen Regimes wächst auch der Einfluss Kubas. Immer mehr Kubaner kommen nach Nicaragua, um die Revolution zu retten und zu stabilisieren.

Über die genaue Rolle des Generals Ochoa herrschen Meinungsverschiedenheiten. Die „New York Times“ zitierte einen amerikanischen Geheimdienstbericht, wonach Ochoa „ein massives militärisches Engagement in Nicaragua“ organisieren soll. Einige Beobachter vermuten sogar, daß er das Kommando aller nicaraguanischen und kubanischen Soldaten übernehmen wird, wenn sich die Kämpfe mit den konterrevolutionären Brigaden ausweiten.

Ein Vertreter der Reagan-Regierung sagte zu dem „New York Times“-Bericht lediglich: Ochoa sei in letzter Zeit öfters nach Nicaragua gereist.

Der General, zwischen 45 und 50 Jahre alt, war 1976 in Angola, als die kubanischen Streitkräfte von 3000 auf 20 000 Mann verstärkt wurden. Ein Jahr später überwachte er den kubanischen Truppenaufbau in Äthiopien von 2000 auf 17 000 Soldaten. An dieser Zahl hat sich bis heute nichts geändert. In Angola befinden sich mit gegenwärtig 25 000 Kubanern noch mehr als Ende der siebziger Jahre.

Die militärische Situation in Nicaragua läßt sich schwer einschätzen, weil beide Seiten widersprüchliche Berichte über die Kampfhandlungen verbreiten. Die Konterrevolutionäre („Contras“) verkünden, sie würden bis Ende 1983 in Managua einmarschieren. Die Sandinisten geben ihnen keine Chance. Sie haben allerdings Ende vergangener Woche zum ersten Mal reguläre Truppen eingesetzt. Bisher kämpften lediglich Militärbrigaden.

Einfluß von Anfang an

Am meisten sind die Kommandanten über die wachsende Stärke der feindlichen Truppen besorgt, die von dem amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt werden. Die letzten Schätzungen bewegen sich zwischen 8000 und 10 000 Mann, fast 5000 mehr als Anfang des Jahres. Die sandinistische Armee verfügt über 25 000 Soldaten, 80 000 Personen sollen den Milizen angehören.

Fidel Castro konnte die Entwicklungen im sandinistischen Nicaragua von Anfang an beeinflussen. Er hatte in der Endphase der Somoza-Diktatur die drei rivalisierenden Fraktionen der sandinistischen Bewegung unter einen Hut gebracht und die Zusammensetzung des „nationalen Direktoriums“ bestimmt. Dieses Gremium, dem neun marxistische Kommandanten angehören, weist die revolutionäre Richtung. Eden Pastora, ein sozialdemokratisch gesinnter Kommandant, der nicht in das Direktorium aufgenommen wurde und heute gegen die ehemaligen Kampfgefährten vorgeht, sagte einmal: „Im Grunde genommen befiehlt Fidel.“

Die Schätzungen der in Nicaragua tätigen Kubaner gehen weit auseinander. Nicaraguasische Regierungskreise nennen die Zahl 4000. Der amerikanische Geheimdienst CIA vermutet 8000. Mindestens 2000 sollen Militärberater sein, der Rest Lehrer, Ärzte, Techniker und Bauarbeiter. Etwa 800 Kubaner bauen eine strategisch wichtige Straßenverbindung zwischen der Atlantik- und Pazifikküste.

Miguel Bolanos Hunter, ein Anfang Mai desertierter Beamter des sandinistischen Sicherheitsdienstes, berichtet der „Washington Post“, daß kubanische Militärs in der Nähe von Managua eine Kommando-Gruppe der salvadorian-

schen Guerrilla ausgebildet haben, die im Januar 1982 den Luftwaffenstützpunkt Ilopango bei San Salvador überfiel. In Kuba sollen 80 sowjetische MIG-Jäger für Nicaragua bereitstehen. 400 Kubaner würden den Staatssicherheitsdienst des Kommandanten Lenin Cerna beraten.

Wayne Smith, einst Leiter der diplomatischen Vertretung Washingtons in Havanna, glaubt nicht, daß die Kubaner Kampftruppen schicken. Aber: „Angesichts des Drucks auf die Sandinisten wäre es überraschend, wenn sie (die Kubaner) nichts unternehmen würden.“ Ein Vertreter einer westlichen Mission in San José (Costa Rica) meinte: „Castro war in letzter Zeit auf dem Weg.“

Gegenmaßnahmen prüfen

Wenn General Ochoa in Nicaragua bleibt, und sich die Kubaner tatsächlich militärisch massiv engagieren, erreicht der Konflikt in Mittelamerika das bisher gefährlichste Stadium. Die Reagan-Regierung könnte sich zu einer drastischen Reaktion gezwungen sehen – und dann auch die Rückkehrung des Kongresses finden. Wie die „New York Times“ berichtete, ist Reagan vor zwei Wochen über die neuen Aufgaben Ochoas unterrichtet worden. Er habe sofort „mögliche Gegenmaßnahmen“ prüfen lassen. (SAD)

Protest in der „DDR“ gegen Autobahnbau

rrt, Berlin

Eine Gruppe von Schweriner Bürgern hat nach Angaben informierter Kreise in Ost-Berlin eine Protestkampagne gegen den geplanten Bau einer Autobahn durch ein Naturschutzgebiet im Norden der „DDR“ eingeleitet. Die Umweltschützer beklagen sich bei den örtlichen Behörden darüber, daß die 30 Kilometer lange Autobahntrasse zur Ostseestadt Wismar ein Gebiet außerordentlicher Naturschönheit durchschneiden und in Mitleidsenschaft ziehen werde.

Etwa hundert Umweltschützer in Schwerin hätten für den 5. Juni eine Radtour zu der Trasse unternommen wollen, um mit Anwohnern zu sprechen, verläutelte weiter. Die Behörden hätten für diesen Tag jedoch ein Radfahrverbot in der Gegend ausgesprochen und somit die Aktion verhindert. Umweltschützer werden in den Medien der „DDR“ praktisch nicht diskutiert.

Japan weist Sowjetspion aus

dps/SAD, Tokio

Die japanische Regierung hat gestern den sowjetischen Diplomaten Arkadi Winogradow (41) wegen Industriespionage ausgewiesen. Wie es in einer offiziellen Erklärung des Außenministeriums heißt, soll der erste Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Tokio versucht haben, sich technische Daten von einem nicht genannten japanischen Computer-Hersteller bei Tokio zu verschaffen. Nach Angaben des Ministeriums wurde die Ausweisung von Winogradow bereits am Freitag vergangener Woche angeordnet. Der Diplomat habe Japan am Sonntag verlassen.

Der Verdacht auf eine aktive sowjetische Spionage-Tätigkeit vor allem im Bereich von Spitzentechnologien hatte sich in jüngster Zeit durch Aussagen des in die USA geflüchteten ehemaligen Spions des sowjetischen Geheimdienstes KGB, Stanislaw Lewitschenko, verstärkt. Lewitschenko hatte von 1974 an bis zu seiner Flucht im Jahre 1979 als Journalist getarnt in Tokio gearbeitet und sich dabei angeblich rund 200 japanischer Mittelsmänner bedient. Da Japan kein Gesetz gegen Spionage hat, zögerte die Regierung bisher in ähnlichen Fällen, überführte Agenten auszuweisen.

Prag inszeniert Moskauer Parolen

Bürgerrechtler dürfen am Weltfriedenskongreß nicht teilnehmen / Deutsche Grüne dabei

R. STRÖBINGER, Köln
Etwa dreitausend Delegierte aus rund 150 Ländern – so die Erfolgsmeldung der tschechoslowakischen Massenmedien – erlebten gestern die Eröffnung des Weltkongresses für Frieden und Leben, gegen den Atomtod im Prager Palais der Republik, unter ihnen auch eine Abordnung der Bundestagsfraktion der Grünen. Organisatoren dieser Propagandaschau für die sowjetische Abrüstungspolitik sind die Nationale Front und der Weltfriedensrat, der seinen Sitz in Helsinki hat.

Staats- und Parteifunktionäre aus der DDR waren ebenfalls an der Eröffnung der Veranstaltung in der Tschechoslowakei. Die Organisatoren der Veranstaltung behaupten, diese müssen erheblich sein, denn keiner der Delegierten bezahlt Anreise, Unterkunft noch Verpflegung. Alle sind „Gäste des tschechoslowakischen Volkes“, wie es in der Parteizeitung „Rude Pravo“ heißt. Das Volk wurde auch pausenlos zu Geldsammelungen für den „Fonds des Friedens“ ermuntert. Wenige Tage vor Beginn gab man schließlich bekannt, daß mehr als 55 Millionen Kronen gespendet worden seien. In den Massenmedien wurden Betriebe, Schulen und auch einzelne Bürger lobend erwähnt, so das Ehepaar Gajdosik aus Rosic bei Brünn, weil es aus Freude über die Geburt ihres fünften Kindes 500 Kronen an den Friedensfonds geschickt hatte. Geradezu gefeiert wurde ein namentlich nicht genannter Rentner. Der Unbekannte hatte dem Weltfriedenskongreß seine gesamten Ersparnisse gewidmet.

Verschieben wird auch, daß zu den eigentlichen Regisseuren und Veranstaltern nicht nur die von den Sowjets benannten Funktionäre des Weltfriedensrates gehören, sondern auch die des ebenfalls kommunistisch beeinflussten Weltgewerkschaftsbundes, des Internationalen Studentenbundes, der Internationalen Demokratischen Frauenföderation und auch des Internationalen Journalistenverbandes.

Vier führende Vertreter der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ – unter ihnen der Außenminister der Tschechoslowakei, Professor Jiri Hájek, und der Schriftsteller Vaclav Havel – hatten die Teilnahme ihrer Organisation beantragt. Wenn die Veranstaltung für Kräfte aller politischen Richtungen, wie es offiziell heißt, offen sei, dann habe die Charta 77, die sich immer für den Kampf gegen den Krieg und die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt habe, auch das Recht, am Kongreß teilzunehmen. Gleichzeitig appellierte die Bürgerrechtsbewegung an die Regierung in

Prag, die Menschenrechte und Freiheiten aller Bürger des Landes zu achten, da dies ein Kriterium für die Aufrichtigkeit des Friedenswillens sei. Die Antwort lieferte der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Front, Tomas Travnick, als er erklärte, die Bürgerrechtsbewegung dürfe an dem Kongreß nicht teilnehmen. Der Grund: Sie sei keine offiziell registrierte Vereinigung.

Vom Staatssicherheitsdienst wurde führenden Vertretern der Charta 77 bei Verhören „empfohlen“, während des Kongresses die Hauptstadt zu verlassen. Der 32 Jahre alte ehemalige Sprecher der Bewegung, der katholische Geistliche Vaclav Malý, wurde vorsichtshalber zu einer mehrtägigen Militärlagerung einberufen.

Nicht verhindern konnte Prag jedoch einen leidenschaftlichen Disidentenbeitrag aus der Tschechoslowakei, der unter der Überschrift „Kein Frieden ohne Freiheit“ gestern in der Londoner Times veröffentlicht wurde. Der Autor, der nur als „Prager Bürger“ zeichnet, ruft darin die westlichen Teilnehmer auf, sich nicht von den Prager Behörden irreführen zu lassen. „Hier ist eine Friedensbewegung undenkbar“, heißt es in dem Text, „abgesehen von der gut vom Staat finanzierten, von Staatsbürokraten organisierten und von der Polizei überwachten Friedensbewegung, die mit den Bürgern aber nichts zu tun hat.“

Kamerun ist Mitterrand eine Reise wert

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Präsident Mitterrand kehrt heute von einem zweitägigen Besuch Kameruns nach Paris zurück. Begleitet wurde er von den Ministern für Außen- und Entwicklungshilfe, aber auch vom neuen Stern am internationalen Tennishimmel, Yannick Noah. Noah ist Sohn eines Kameruners und einer Französin.

Wie wichtig Kamerun für Frankreich ist, zeigt sich daran, daß der Präsident diesem relativ kleinen Land einen Extrabesuch machte und es nicht, wie sonst üblich, in eine Rundreise durch mehrere afrikanische Staaten einbezog. Kamerun hat eines der stabilsten staatlichen Gefüge unter der frankophonen Völkerfamilie Afrikas. Zweizehn Jahre lang stand es unter der milden und klugen Führung Ahmedou Ahidjous, von keinem Militärputsch und keiner wirtschaftlichen Krise erschüttert, ehe der

heute 63jährige Moslem aus dem Norden die Führung an seinen von ihm bestimmten, zehn Jahre jüngeren Nachfolger Paul Biya abgab, der, wie sein Name ausweist, Katholik ist.

Paul Biya hat allerdings kurz vor Eintreffen Mitterrands mit einer überraschenden Regierungsumbildung gezeigt, daß er nicht bedingungslos in die Fußstapfen seines Vorgängers treten will. Vier Minister, vier Vertrauensleute Ahidjous, wurden über Nacht ausgetauscht. Dieser Vorgang und die Tatsache, daß Ahidjo die Führung der Einheitspartei behielt und nicht an Biya abgab, könnten auf potentielle Krisen in der Zukunft hinweisen.

Kamerun ist für Frankreich strategisch wie wirtschaftlich gleich wichtig. Im Nordosten grenzt der sieben-Millionen-Einwohner-Staat an den etwa 3,8 Millionen Menschen zählenden, aber flächenmäßig doppelt so großen Tschad, der

in den zwanzig Jahren seiner Unabhängigkeit nie ganz zur Ruhe gekommen ist. Ein neuer Bürgerkrieg droht, seit der von Libyen unterstützte, im Dezember 1979 aus der Hauptstadt Ndjamena verjagte Goukouni Weddeie eine neue Offensive aus dem Norden gegen seinen Erzwidersacher Hissen Habré gestartet hat.

Frankreich hat in Kamerun nicht, wie in der benachbarten zentralafrikanischen Republik, permanente Soldaten stehen. Aber auf vertraglicher Basis kann es jederzeit Einheiten seiner luftmobilen Eingreifskräfte in ein Land verlegen, das wie andere die Expansionsgelüste des Libyens Khadafi fürchtet. Im Vordergrund der Mitterrand-Reise stand jedoch die Zusage französischer Hilfe für ein neues Entwicklungsprojekt zur Förderung eines Erdgasvorkommens, das französische Forscher im Süden und Norden des Landes entdeckten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schreckende Vorbilder

Andropow's Reckung: WELT vom 15. Juni

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode

Ihrer so klaren Analyse möchte ich eine „historische Erfahrung“ anfügen. In den 30er Jahren verfügten die damaligen „peace-people“ in England und Frankreich über einen derartigen Einfluß, daß sie die Rüstung der Westmächte „geistig“ und damit auch praktisch blockierten. Für Hitlers gleichzeitige Aufrüstung „zum Schutz der Grenzen des Deutschen Reiches“ zeigten sie hingegen Verständnis. Sie befähigten damit nicht nur Hitlers Aggressionspläne, sondern verführten ihn zu der verhängnisvollen Annahme, die „schwachen und degenerierten Demokratien“ seien zu keiner Gegenwehr mehr fähig.

Obwohl Kants These, daß der Friede kein Naturzustand, sondern das Ergebnis des Gleichgewichts der Mächte sei, in den 30 europäischen Nachkriegsjahren ein druckvoll bestätigt bleibt, steuern die Pazifisten unbeirrt wieder das Unheil von 1939 an.

Wo ist der Unterschied zwischen dem Münchener Abkommen von 1938 und unserem anschließenden Einmarsch in die Tschechei einerseits, und dem KSZE-Abkommen und dem anschließenden Ein-

marsch der Sowjets in Afghanistan andererseits? Wo ist der Unterschied zwischen Chamberlains Appeasement und seinem „peace in our time“ und Willy Brandts Entspannung und seinem „wir werden den Frieden sicherer machen“?

Die Mitläufer der Friedensbewegung werden doch regelrecht „vereppt“! Wieso wundern sich diese Leute guten Willens nicht, daß sie erst in dem Moment auf die Straßen gepusht werden, in dem die Sowjets ihre Rüstungsüberlegenheit einblühen könnten? Als ob die seit Jahrzehnten in Ost und West lagernden Vernichtungswaffen nicht schauderhaft genug gewesen wären, und Anlaß für die Friedensbewegten in den 60er und 70er Jahren angestrengt durch die Straßen zu laufen? Aber nein – in diesen Jahren war man ja noch beauftragt, für Ho-Chi-Minh oder Allende auf die Straße zu gehen.

Die „Macher“ der kommenden Herbstdemonstrationen sollten sich uniformieren lassen. Für die Mitläufer aber bleibt Adenauers philosophischer Satz treffend: „Des Menschen Klugheit ist begrenzt, seine Dummheit jedoch nicht, und das finde ich ungemacht.“

Mit freundlichen Grüßen
H.-W. Fähr, v. Bischoffshausen,
Wentorf b. Hamburg

So einfach ist das . . .

Leserbrief: Palästinafrage: WELT vom 16. Juni

Es ist eine prachtvolle Idee, die Leser Droppelmann zu Arbeitszeitverkürzung entwickelt.

Über die praktische Durchführung haben wir uns den Kopf zerbrochen. Es ging vielleicht so: Unser Betrieb besteht aus vielen kleinen Abteilungen mit spezialisierten Mitarbeitern. Da gibt es eine Telefonistin, zwei Fahrer, drei Leute im Versand, zwei in Abnahme, Einkauf und Rohstofflager, vier im Zugschnitt, vier in der Gradierung, drei in der Musterabteilung usw. usw., zusammen sind es fünfzig Menschen.

Wenn alle fünf Stunden weniger arbeiten, können etwa sieben neue Leute eingestellt werden. Diese werden sorgfältig und nach Einholung der Zustimmung der Gewerkschaft in kleine handliche Stücken zerteilt, die gerecht und proportional auf die Abteilungen verteilt werden. Denn der Betrieb soll nach fünfzig Jahren auch in Zukunft gut funktionieren. Löhne und Sozialabgaben, Gewinne und Steuern erbringen.

Sonderregelungen erfordern die achtzehn Näheren, weil sie fast ohne Ausnahme nur halbtags arbeiten, und die neun Lehrlinge mit ihren zwei Ausbildern. Aber vielleicht werden die Lehrlinge klüger, wenn sie nur 23 Stunden im Betrieb sind statt der 28 bisher.

Herrn Droppelmanns Vorschläge können enorme Auswirkungen in der mittelständischen Wirtschaft haben. Einmal einen riesigen Heiterkeitserfolg bei denen, die in der wirtschaftlichen Praxis stehen. Zum anderen können sie bewirken, daß es Betriebe wie uns und zahllose andere in Bälde nicht mehr gibt.

Studio-Dress GmbH,
Eitorf

Im Konjunktiv

Leserbrief: Schul-Demokratie: WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich Herrn Gymnasiallehrer W.R. Thorwirth, Gummersbach, kenne, so fühle ich mich persönlich beleidigt. Ich gehöre zu diesen „reformierten“ errogenen Abiturienten und lasse mir nicht unterstellen, meine Allgemeinbildung habe darunter gelitten.

Was soll eigentlich dieses Gejammer? Es ist Herrn Thorwirths Generation, die diese Oberstufenform zustande gebracht hat. Die alte Oberstufe war auch nicht bes-

ser, wenn auch nicht schlechter. Warum also eine Selbstanklage?

Ich bin ein Zögling der „Fernseh- und Comico-Generation“. Wer den ersten Satz meines Briefes aufmerksam liest, der bemerkt, daß ich den deutschen zweiten Konjunktiv noch anzuwenden in der Lage bin. „Goethe- und Schiller-Gebildete“ gebrauchen leider fast nur den Infinitiv plus „würde“. Und das, während ich begeistert Comics zu lesen pflege, und heute noch pflüge.

Mit freundlichen Grüßen
Axel Menges,
Stud. med. dent.,
Hamburg 60

Auch anderswo

Nachtrag: Staatsanwaltschaft und Notare nicht am Prager Kongreß: WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Redaktion, mit Interesse haben wir obigen Bericht entnommen, daß die Hamburger Justizbehörde in der Zeit vom 13. bis 15. Juni 1983 dem Bürger Gelegenheit geben will, die Justiz durch Vorträge, Podiumsdiskussionen, Informationsveranstaltungen und Besichtigung von Amtsstuben näher kennenzulernen und Schwellenängste abzubauen.

In diesem Zusammenhang vermerkt der Bericht, die Hamburger Justiztage seien „ein in dieser Form in der Bundesrepublik einmaliger Versuch, dem Bürger Verständnis für die vielfach mit Mißtrauen betrachtete Rechtspflege zu vermitteln“. Diese Feststellung ist jedoch nicht ganz richtig. Vielmehr hat die Justizverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz bereits am 23. Oktober 1982 beim hiesigen Amtsgericht (es ist in einem Schloß mitten in der Stadt untergebracht) einen „Tag der offenen Tür“ veranstaltet.

Das Programm war von völlig gleicher Zielsetzung getragen wie die „Hamburger Justiztage“. Diese Veranstaltung fand in der gesamten Bevölkerung, vor allem auch bei der Jugend, ein sehr lebhaftes Echo. Weitere solche Tage sollen daher folgen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Koch,
Amtsgericht Aßlar

Wort des Tages

„Wer viel reist, lernt die Menschen kennen und läßt sie in dem inneren Haushalte ihres Lebens gewahren, der sich nicht aufschließt, wenn es nicht freiliegend ist.“

Adalbert Stifter, bayer. Dichter (1805-1888)

Personalien

die inzwischen 95 Jahre alt ist. Die Mitgründerin der FDP in Hamburg beschrieb, wie ihre Wahl 1961 in den Bundestag ihr eher als Zufall vorkam: Auf Listenplatz drei, angeblich ohne „Chance“, waren dann am Wahlabend die Ergebnisse so, daß ihr Mann feststellte: „Das geht schief. Du wirst in den Bundestag müssen.“

Eher nur Ernstes aus der Politik präsentierten zur gleichen Uhrzeit gestern im Bonner Pressclub Verleger Heinrich Seewald aus Stuttgart. Er stellte das Buch „Machtverlust“ – oder „Das Ende der Ära Brandt“ vor. Autor ist der Bonner FAZ-Korrespondent Helmut Herles. Fünf ehemalige Minister der SPD kamen, der heutige Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, Egon Bahr, Egon Franke, Hans Apel und Herbert Ehrenberg sowie Ex-Regierungssprecher Klaus Böhling. Die derzeit Regierenden ließen sich durch CSU-Landesgruppenchef Theo Weigel und Staatssekretär Dr. Alois Mertens vertreten. Warum der Machtverlust? Herles zitiert Brandt, der die SPD inzwischen „als eine Partei des Sowohl-Als-auch“ charakterisierte – für den Bundeskanzler Schmidt als auch gegen ihn, für

den NATO-Doppelbeschuß als auch gegen ihn, sowohl für die friedliche Nutzung der Kernenergie als auch gegen sie . . .

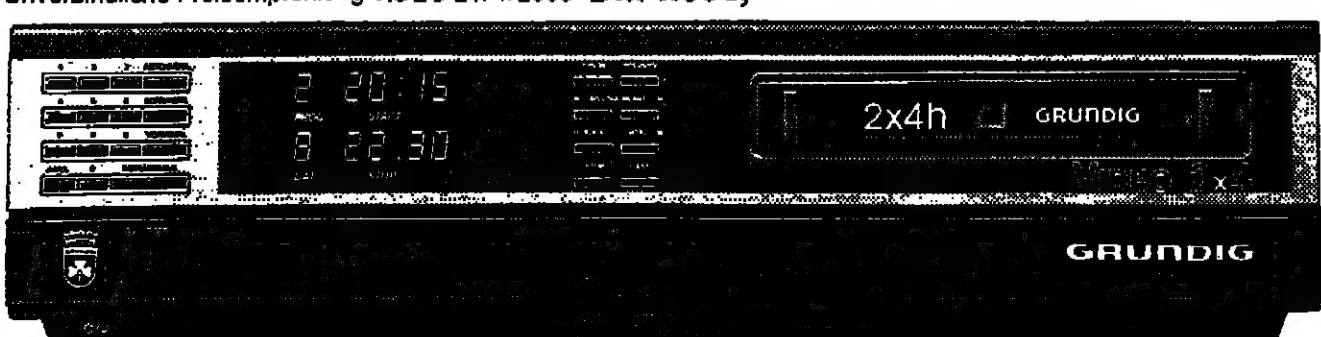
Der SPD-Parlamentarier und Ex-Minister Hans-Jürgen Wischnewski hat am Dienstag vor dem Bundestag eine verlorene Wette mit „Bild am Sonntag“ eingelöst. Im Januar 1982 hatte „Ben-Wisch“ in einer Wette erklärt, die SPD/FDP-Koalition werde, wie vorgesehen, bis 1984 halten. Jetzt mußte Ben-Wisch 1000 von ihm gestiftete Liter Bier an den Mann bringen. „Bild am Sonntag“ legte 1200 Bußlitter hinzu.

EHRUNG

Giesbert Poemgen, Botschafter und Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften, wurde von Bundespräsident Karl Carstens mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Die Auszeichnung überreichte am Dienstag, kurz vor der Ministerkonferenz in Luxemburg, Außenminister Hans-Dietrich Genscher.

Ein neuer Weltmaßstab für Video-Recorder. Aus Deutschland.

Unverbindliche Preisempfehlung VIDEO 2 x 4/2000 DM 1.998,-



Made in Germany hat bei unseren Video-Käufern einen guten Klang. Beweis: 1982 und in den ersten Monaten 1983 hat der deutsche Video-Recorder-Markt einen klaren Spitzenreiter: Grundig Video 2 x 4. Und jetzt sind Deutschlands meistverkaufte Video-Recorder noch besser geworden. Die neue Generation ist da. Spitzen-Recorder, die Maßstäbe setzen:

VIDEO 2 x 4/2000. Mit der Weltneuheit Dialog-Computer. Vorprogrammierung wird damit zur einfachsten Sache der Welt. Ebenso einmalig und kinderleicht: Jetzt Datum direkt eintasten.

VIDEO 2 x 4/2200 stereo. Mit Stereoton, Zweikanalton und Stereo-Nachvertonung. Nachfolger des ersten Stereo-Recorders Europas. Seine unverblühte Preisempfehlung DM 2.198,-. Ein Preis, der sich gut anhört.

GRUNDIG
Spitzentechnik made in Germany.

„Man wollte mich hier ins Abseits drängen“

WELT-Interview mit dem früheren Minister Bäumler

DW, Düsseldorf Der zurückgetretene nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumler hat in einem WELT-Interview angekündigt, die SPD-Basis jetzt für seine Ziele zu „mobilisieren“. Mit Bäumler sprach Wilm Herlyn.

WELT: Ziehen Sie sich nach Ihrem Rücktritt aus dem Kabinett aus in die innerparteiliche Emigration zurück?

Bäumler: Nein. Ich werde keine innerparteiliche Opposition betreiben, sondern eine Mobilisierung auf der Basis und keine Querschlägerei versuchen, damit wir schneller und zielgerichteter nach vorne kommen.

WELT: Regierungschef Rau und SPD-Fraktionschef Dauterbezeichnen Ihren Schritt als „sachlich unbegründet“?

Bäumler: Das sehe ich grundlegend anders – aber ich verstehe diese

INTERVIEW

Bekundung so, daß man vor dem Landesparteitag am Samstag nach Möglichkeit unnötig eskalierende Diskussionen vermeiden möchte – so daß die Schadenfreude in der Öffentlichkeit oder sogar oppositioneller Gruppierungen in Grenzen gehalten werden kann.

WELT: Rau hat Sie gewarnt, es gebe eine Grenze, das „Ansehen vieler führender Sozialdemokraten dürfe nicht herabgesetzt“ werden.

Bäumler: Das ist eine ganz natürliche Empfindung. Ich bin da voll und ganz einer Meinung mit Johannes Rau. Wir müssen darauf achten, daß wir bei einem Streitgespräch – oder sagen wir ruhig bei einer als Schlagabtausch empfundenen Kontroverse – dem einen oder anderen zwar Schrammen beibringen dürfen, aber es darf nicht zu Verletzungen oder irreparablen Rufschädigungen kommen. Allerdings wird mich das Wort „Grenze“ nicht sprachlos in den nächsten Tagen und Wochen machen.

WELT: Können Sie Ihre Politik ohne Mandat durchsetzen – oder wollen Sie am Samstag eine Kampfkandidatur wagen?

Bäumler: Je mehr man in Schließpositionen beteiligt wird, desto größer ist die Möglichkeit, wirklich zu beeinflussen. Aber auch eine Zeit des Zuwartens kann in Wahrheit eine Beschleunigung dessen ermöglichen, was man fortbewegen will.

WELT: Steht denn Ihre grüne Umweltpolitik der Kohle-Vorrang-Politik der SPD entgegen?

Bäumler: Das sehe ich genau umgekehrt. Kohle-Vorrang-Politik hat nur eine Chance, über die Bundesgrenzen hinaus zu kommen, wenn sie umweltverträglich gestaltet wird.

WELT: Sie haben einmal vom Bündnis der Vernunft gesprochen...

Bäumler: ...da nehme ich gerne auf, was ich vor Naturschützern in meiner Partei in Gelsenkirchen sagte, nämlich: Wie können wir eine vernünftige Konfliktlösung erreichen zwischen den Bedürfnissen des Bergbaus und den Sorgen der Naturschützer. Ich habe dort gesagt, wir müßten uns als SPD in dieser Sache notfalls sogar bereit finden, um mit den Kollegen der IG Bergbau anzulegen. Unsere „politischen Blutsverwandten“ müssen sich anstrengen, die Interessen anderer Gruppen richtig einzuschätzen, um mit ihnen gemeinsam, in einem Bündnis der Vernunft, diese Konflikte glaubwürdig zu bewältigen.

WELT: Schwebt Ihnen also eine konzentrierte Aktion für das Ruhrgebiet vor?

Bäumler: Es kommt auf den Schulterschluss in NRW an. Wir müssen so eine Art Revier-Fraktion zustande bringen. Nicht nur für Kohle, sondern für eine grundlegende Umstrukturierung des Reviers.

WELT: Nun werfen Ihnen Kritiker in Ihrer Partei vor, Sie reden mit Ihrem Kampf um saubere Luft der Kernenergie das Wort?

Bäumler: Das ist eine zum Teil aus Unwissenheit erkläre, zum Teil mit großem Raffinement zustande gebrachte Legende, die schon bei oberflächlicher Betrachtung keinerlei Grundlagen besitzt. Steinkohle wird nämlich im Gegensatz zu Braunkohle und Kernkraft überwiegend im Mittelalbietbereich eingesetzt und kann deshalb nur dort von der Kernenergie verdrängt werden, wo die Steinkohle noch im Grundlastbereich zu finden ist. Dazu reichen die bereits im Bau befindlichen Kernkraftwerke aus.

Das Problem Kernenergie ist so etwas wie ein Schreckgespenst für die im linken Bereich des gesellschaftlichen Spektrums angesiedelten Mitbürger. Ich glaube, man wollte hier einen „rechten“ Sozialdemokraten und respektablen Umweltschützer Bäumler ins Abseits drängen, weil er mehr und mehr Beifall von Grünen bis Linken bekam.

Bonn will bei Rückkehr ins Ausland helfen

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung wird in der heutigen Kabinettsitzung ein Gesetz über die Gewährung von Rückkehrhilfen beschließen, das arbeitssuchenden Ausländern zum Verlassen der Bundesrepublik ermuntern soll. In dieser Frage hatten sich die Minister Blum, Lambdorff und Stoltenberg bereits in einem ihrer letzten Dreiergespräche im Grundsatz geeinigt, nachdem klargestellt war, daß dem Bundeshaushalt hieraus keine zusätzlichen Belastungen erwachsen sollen.

Bonn will Rückkehrwilligen, die zwischen dem 1. Oktober 1983 und dem 30. September 1984 arbeitslos werden, eine Prämie von 10 500 Mark je Arbeitnehmer zuzüglich 1500 Mark je Kind zahlen. Dieses Angebot gilt allerdings nicht für Staatsangehörige aus der EG, da die hier herrschende Freizügigkeit dies verbietet. Es zielt vielmehr vor allem auf Türken, die die größte Ausländergruppe stellen.

Bonn erwartet zusätzliche Lasten für die Rentenversicherung für 1983 von 160 und 1984 von 580 Millionen Mark, die wegen deren angespannter Finanzlage von der Lastenausgleichsbank zwischenfinanziert werden sollen.

Börner fordert Kurskorrektur

gur, Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat eine Kurskorrektur für den Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik gefordert. Vor dem Hessischen Landtag erklärte Börner gestern in Wiesbaden, die Entscheidungsgrundsätze seien nach „heutigen Erkenntnissen“ nicht mehr tragfähig. Er wolle mit der Bundesregierung über eine Neufassung verhandeln.

Bei seinem Plädoyer für eine „energiepolitische Neuorientierung“ nannte Börner die von der Energieversorgungsunternehmen gemachten Zuwachsprisierungen für den Energieverbrauch „völlig überzogen“. Zwar könne auf bestehende Kernkraftwerke nicht verzichtet werden. Die Energieversorgungsunternehmen könnten jedoch, von Glück reden, daß die viel beklagten Hemmnisse und die Verzögerung bei der Genehmigung neuer Kraftwerke den Ausbau der Kernenergie verzögert hätten. Die tatsächlichen Kosten des Atomstroms ließen sich im Hinblick auf die ungeklärten Entsorgungskosten heute so wieso noch nicht abschätzen.

An Steuerakten hängt der Erfolg

Schwierigkeiten für Flick-Untersuchungsausschuß: Welche Unterlagen werden ihm geöffnet?

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Untersuchungsausschuß des Bundestages, der die Spendenpraxis und politischen Querverbindungen des Flick-Konzerns überprüfen soll, steht schon unmittelbar nach seiner konstituierenden Sitzung vor erheblichen Schwierigkeiten. Sie sind vor allem darin begründet, daß sich die Bundesregierung im Hinblick auf die Preisgabe von Akten an den Untersuchungsausschuß gebunden fühlt. Gleichzeitig aber laufen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Die Justiz dürfte wenig Neigung zeigen, ihr Wissen schon jetzt – vor der Entscheidung über mögliche Anklageerhebungen – preiszugeben.

Der Ausschuß unter Vorsitz des CDU-Bundestagsabgeordneten Manfred Langner wird heute in nichtöffentlicher Sitzung den Leiter der Staatsanwaltschaft Bonn, Eulencamp, und den zuständigen Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft, Ihmsfeld, vor allem zu der Frage hören, ob deren Verfahren durch die parlamentarischen Untersuchungen behindert werde. Dabei dürfte auch das Anliegen des Ausschusses eine Rolle spielen, ob ihm Kopien der bei der Staatsanwaltschaft vorliegenden Akten entnommen werden können. Immerhin sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der Ermittlung einbezogen sind, im Besitz dieser Akten.

Zeugen sollen nicht „kaputtgemacht“ werden

Der Staatsanwaltschaft, so hört man, liegt daran, daß ihre Zeugen – falls sie sich zur Anklageerhebung entschließen sollte, was bislang noch nicht feststeht – nicht vorab durch Anhörungen im Untersuchungsausschuß „kaputtgemacht“ werden. Andererseits aber kann der Untersuchungsausschuß nur mit Hilfe der Staatsanwaltschaft einordnen, wer im Sinne seines Untersuchungsauftrages „Betroffener“ ist und somit geladen werden soll. Nur die Staatsanwaltschaft kann Aufklärung darüber geben, ob der „Anfangsverdacht“ bei einzelnen oder sogar allen „Betroffenen“ ausgeräumt ist und die Ermittlungsverfahren somit hinfällig werden. Dies gilt natürlich auch für die Frage, ob sich dieser „Anfangsverdacht“ im Zuge der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vermindert hat.

Die Bundesregierung hat angedeutet, daß sie bei der Überlassung von Steuerakten sehr restriktiv vorgehen wird. Unentschieden ist bislang sogar, ob sie überhaupt Akteure herausgeben wird. Regierungssprecher Peter Boenisch meinte, das Steuergeheimnis sei ein Wert, der auch vor dem Untersuchungsausschuß „Bestand“ haben sollte. Dies ergebe sich aus der „historischen Erfahrung“ der Republik bereits in der Weimarer Zeit. Erst in der NS-Zeit sei das Steuergeheimnis aufgehoben worden.

In der Tat fragen sich viele Parlamentarier, warum aus Datenschutzgründen die Volksbefragung verhindert worden sei, aber in diesem konkreten Fall das Steuergeheimnis preisgegeben werden soll. Aus Steuerakten sind auch Daten abzulesen, die in die Intimsphäre einzelner Personen hineinreichen. Hier hat allerdings der Ausschußvorsitzende Langner klargestellt, daß er an die Überlassung solcher Daten überhaupt nicht denke. Diese gingen den Ausschuß nichts an.

Falls sich die Bundesregierung doch noch zur Überlassung von Akten entschließen sollte, hätten die betroffenen Personen die Möglichkeit, dagegen vor dem Verwaltungsgericht oder dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Außerdem steht ihnen das Zeugnisverweigerungsrecht zu. Eine weitere Schwierigkeit für den Untersuchungsausschuß besteht darin, daß er ohne Aktenkenntnis keine konkreten Beweisbeschlüsse fassen kann. Keinesfalls aber kann sich der Ausschuß bei der Formulierung von Beweisbeschlüssen auf einstimmige Presseberichte wie die im „Spiegel“ stützen. Als letzter Ausweg böte sich deshalb das im Untersuchungsausschuß zum Fall Rauschenbach praktizierte Verfahren an, daß man dem Ausschußvorsitzenden Langner und dessen Stellvertreter Penner (SPD) Einsicht in Akteile ermöglicht. Angesichts der politischen Dimension des Falles wäre damit aber den beiden Parlamentariern eine außergewöhnlich große Verantwortung zugeschoben.

Als Nachteil erweist sich in diesem Zusammenhang, daß das Bundesverfassungsgericht die Streitfrage, ob und in welchem Umfang die Bundesregierung geheimhaltungspflichtige Akte einem Untersuchungsausschuß überlassen muß, nicht entschieden hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, da-

mals noch in der Opposition, hatte Klage gegen die Bundesregierung erhoben, weil diese die Herausgabe dieser Akten verweigert hat.

In dem vorliegenden Fall geht es konkret um die Handhabung von Paragraph 30 der Abgabenordnung, in dem das Steuergeheimnis, ein herkömmlich starkes Recht, verankert ist. Danach können Steuerakten bei Steuervergehen oder gravierenden Wirtschaftsverstößen an die Justiz übergeben werden. Aber auch dann, wenn es dem „Ansehen der öffentlichen Verwaltung dient“, mit der Akten-einsicht also ungerechtfertigte Vorwürfe ausgeräumt werden können. Auf diese Passage hebt der Untersuchungsausschuß in seinem Begehren ab.

Aussagen könnten politisch mißbraucht werden

Dagegen steht die Sorge, daß möglicherweise Betriebsgeheimnisse verletzt werden oder Zeugnisaussagen, auch wenn sie in vertraulichen Sitzungen erfolgen, zum politischen Kampf mißbraucht werden könnten. Das Mißtrauen gegenüber den Grünen, die durch den Abgeordneten Otto Schily in dem Gremium vertreten sind, ist weit verbreitet. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß der Ausschuß parallel zur Spendenpraxis natürlich prüfen soll, ob damit Einflußnahme in der Politik – bei Flick also Steuerbefreiung – erreicht worden ist. Schon die Definition von „Einflußnahme“ bereitet Schwierigkeiten, weil es naturgemäß nur um „rechtswidrige Einflußnahme“ gehen kann. Jeder Bürger, der zum Beispiel gegenüber der Verwaltung etwas erreichen will, muß aktiv werden, muß Einfluß nehmen können. Hier wird die Unterscheidung zwischen legaler und rechtswidriger Einflußnahme nicht unproblematisch sein.

Weit hergeholt scheint die Mutmaßung zu sein, im Ausschuß könnten einige der Versuchung unterliegen, „persönliche Rechnungen“ begleichen zu wollen. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß die FDP, in dem Gremium durch den früheren Bundesinnenminister Gerhart Baum vertreten, und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambdorff, ein parteiinterner Widersacher Baums, mit früheren Ministern wie Hans Matthöfer oder Manfred Lahnstein im Mittelpunkt der Ausschußstätigkeit stehen dürften.

Bundestag debattiert über Geißler-Worte

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Bundestag wird morgen über die Aussagen von Bundesminister Heiner Geißler (CDU) über einen Zusammenhang zwischen Pazifismus und Auschwitz debattieren. Die SPD hat gestern einen Antrag angekündigt, in dem sie Bundeskanzler Kohl auffordert, Geißler zu entlassen. Oppositionsführer Vogel warf Geißler vor, er habe Pazifismus und Auschwitz in einen „unzulässigen Zusammenhang“ gebracht. Wahrscheinlich wird sich im Parlament auch der Kanzler zu Wort melden. Anlaß für die Auseinandersetzungen war die Aussage Geißlers, der Pazifismus der dreißiger Jahre unterscheide sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem, was man in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen habe. Dieser Pazifismus habe Auschwitz erst möglich gemacht. Diese Aussage Geißlers war eine Antwort auf den zuletzt von dem grünen Abgeordneten Fischer erhobenen Vorwurf, der Westen bereite ein „atomares Auschwitz“ vor. Geißler sprach von einem politischen-moralischen „Kampfbegriff“, der die freiheitlichen Demokraten in ihrer Verteidigungspolitik auf eine Stufe mit den NS-Verbrechern stelle. Natürlich habe er nicht den deutschen Pazifismus eines Carl von Ossietzky gemeint, sondern die pazifistischen Strömungen in England und Frankreich und die darauf beruhende Appeasement-Politik der 30er Jahre.

Dem SPD-Abgeordneten Walthemate, dessen Großvater als Pazifist in Auschwitz umkam, hat Geißler in einem Brief versichert, es tue ihm leid, wenn er ihn und andere Pazifisten in ihren Gefühlen verletzt haben sollte.

Differenzen über Parteifinanzierung

gba, Bonn

Bei der Neuregelung der Parteifinanzierung wird es kein gemeinsames Vorgehen der Bundestagsparteien geben. Die Sozialdemokraten lehnen die zwischen CDU/CSU und FDP erkennbare Kompromißlinie ab. Vor allem wendet sie sich nach Angaben des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel gegen die Gleichbehandlung der Spenden juristischer Personen an Parteien mit den Spenden an gemeinnützige Vereine. Die SPD will hier die Festschreibung von Markthöchstbeträgen und nicht – wie die Koalition – bestimmte Prozentsätze des Umsatzes als Obergrenze.

DAS COMMODORE 64 "PLUS-ANGEBOT". NUR IN BEGRENZTER STÜCKZAHL. ZUM "SCHNELL-ENTSCHEIDER-PREIS".



Das hat er:
Zentraleinheit Commodore 64 zum Anschluß an jedes Fernsehgerät oder Monitor (Schwarzweiß oder Farbe), hochauflösende Grafik, 16 Farben (256 Farbkombinationen), Musiksintetizer, Anschluß für Drucker und Lichtgriffel. Auf Wunsch auch mit CP/M-Betriebssystem.

Das kann er:
Zum Beispiel Textverarbeitung mit „Text 64“, Adressenverwaltung mit „Adressen 64“, Planung und Kalkulation mit „Calc-Result“, Mitgliederverwaltung mit „MiniMemb 64“ (ab Juli 83), Statistik und viele andere Anwendungen.
Der Commodore-Fachhändler berät Sie gern bei der Auswahl preiswerter individueller Programme.

Plus: Diskettenlaufwerk VC 1541 (170 KBytes) zum Speichern von bis zu 170.000 Zeichen, das entspricht über 100 DIN-A-4 Seiten mit Text.
FÜR UNTER DM 2.000 (INCL. MWST.)

commodore
COMPUTER
EINE GUTE IDEE NACH DER ANDEREN

Die Anschrift des Commodore-Fachhändlers in Ihrer Nähe erfahren Sie von den Commodore-Vertriebsbüros:
Düsseldorf
Tel. (0211) 312047/48
Frankfurt Tel. (0611) 6638199
Hamburg Tel. (040) 211386
München Tel. (089) 483009
Stuttgart Tel. (0711) 247329

NORD/LB

Ergebnis weiter verbessert

dos. Hannover

Die Norddeutsche Landesbank erkennt trotz der insgesamt positiven Signale über den möglichen Konjunkturverlauf keine grundlegenden Veränderungen in der eher verhaltenen bis schleppenden Kreditnachfrage. Nach Angaben des Geschäftsführers der Prognoseabteilung von 1,3 Mrd. DM im ersten Viertel 1983 gegenüber 1,2 Mrd. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Abweichend von der Stagnation der gewerblichen Kredite und des kommunalen Darlehensgeschäfts habe sich allerdings der Realkreditbereich positiv entwickelt.

Zuversichtlich äußert sich der Vorstand zu den Ertragsaussichten. Nachdem bereits 1982 die Ertragskraft erheblich gestärkt worden war, sei im Jahre 1983 erneut mit einer Verbesserung des Betriebsergebnisses (204,5 Mill. DM) zu rechnen. Für 1982 hatte die Bank einen Jahresüberschuss von 27,2 Mill. DM ausgewiesen. Vorab waren 170 Mill. DM zur Rückzahlung einer Zinsüberprüfung des Landes Niedersachsen bereitgestellt worden.

Michelin erwartet langsame Belebung

nl. Stuttgart

Bei der Michelin Reifenwerke KGaA, Karlsruhe, geht man davon aus, daß sich die Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte 1983 nur sehr langsam wiederbeleben wird. Gleichwohl erwarte man für dieses Jahr eine Stabilisierung der Ertragslage. Das Geschäftsjahr 1982 schloß die Tochter des gleichnamigen französischen Reifenkonzerns mit einem Überschuss von 8,9 Mill. DM ab, nachdem im Jahr zuvor noch ein Jahresfehlbetrag von 49,9 Mill. DM ausgewiesen worden war. Der Umsatz lag mit 2,13 Mrd. DM nur knapp über dem des Vorjahres. Zur Ergebnisverbesserung trugen günstigere Rohstoffe und ein sinkender Preis sowie eine Entlastung bei den Personalkosten bei.

Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich auf 9737 (10 107) per Jahresende. Das Absatzvolumen der Gesellschaft ging um 6 Prozent zurück, die Reifenproduktion verringerte sich um 3 Prozent. Investiert wurden über 120 Mill. DM - bei 78 Mill. DM Abschreibungen. Ein wesentlicher Teil dieses Betrages floß nach Landau.

IVECO MAGIRUS / Verlustausweis soll 1983 deutlich verringert werden - Hohe Kapitalspritze von Fiat

In der Schlußphase der drastischen Konsolidierung

WERNER NEITZEL, Ulm

Der über die Iveco voll zum Fiat-Konzern gehörende Ulmer Nutzfahrzeugbauer Iveco Magirus AG (frühere Magirus-Deutz AG) befindet sich nach Worten des Vorstandsvorsitzenden Bernd Kosegarten „im letzten Viertel“ des Weges zu einer „drastischen Konsolidierung“. Der Sanierungsplan für das in tiefer Zellen geratene Unternehmen solle bis Ende dieses Jahres durchgezogen werden.

Neue Crash-Programme gebe es nicht. Voraussetzung sei allerdings ein Stillstand des herunterfahrenden Absatzes. Markt- und Absatzlage sind zwar alles andere als rosig. Zwar scheint sich der deutsche Markt zu fangen, doch stehen dem Stagnationstendenzen und Schwächerungen auf den ausländischen Märkten gegenüber. Kosegarten: „Es ist eine Krise der ganzen Nutzfahrzeug-Branche.“

Bei der Iveco Magirus AG ist der Auftragsrückgang in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres um 30 Prozent gesunken. Der Auf-

tragsbestand schrumpfte um 25 Prozent, nachdem schon in den beiden vorangegangenen Jahren Auftragszahlen, Produktion und Absatz deutlich zurückgegangen waren.

Ziel sei es, in 1983 einen niedrigeren Gesamtverlust als im Vorjahr auszuweisen, kündigt Kosegarten vorsichtig an. Für 1982 hat das Unternehmen einen Jahresfehlbetrag von 189 Mill. DM nach einem Defizit von 47,8 Mill. DM im Jahr davor präsentiert. Das Minus im operativen Bereich belief sich allerdings nur auf 30 Mill. DM. Knapp 180 Mill. DM seien „Einmalverluste“, denn fast 100 Mill. DM hiervon resultierten aus der Stilllegung des Mainzer Omnibuswerkes, der Rest aus dem Personalabbau und dem Verkauf von Beständen.

Beim Beschäftigtenabbau sei nicht geplant, über die im vergangenen Herbst beschlossenen Zahlen hinauszugehen. Danach wird das Unternehmen, das seine Belegschaft bis Ende 1982 auf 8917 Mitarbeiter reduziert hatte, den Belegschaftsstand um weitere 30 Prozent auf 6941 Mitarbeiter

bis Ende 1983 zurückführen. Darüber hinaus wird auch in den nächsten Monaten in erheblichem Umfang Kurzarbeit geleistet.

Nach Abschluß der Sanierungsphase, die mit Verkäufen von Grundstücken, Konzentration in der Fertigung und organisatorischen Verbesserungen in Vertrieb und Kundendienst einhergeht, sieht Kosegarten Magirus zwar als kleineres Unternehmen, das aber besser als bisher nicht zuletzt durch den Iveco-Verband für die Zukunft gerüstet sei.

Zum teilweisen Ausgleich der Verluste hatte sich Fiat über die Iveco zu einer Kapitalherabsetzung von 165 Mill. DM mit anschließender Wiederaufstockung auf 252 Mill. DM bereit gefunden. Überhaupt wertete Kosegarten die insgesamt fast 400 Mill. DM Kapitalzufuhr in den letzten drei Jahren wie auch die Zentralisierung der Geschäftsbereiche für schwere Lkw der Gruppe als Beweise für das Interesse des Fiat-Konzerns an der Beibehaltung des Standorts Ulm.

In 1982 war der Umsatz der Iveco Magirus AG unter kräftigem Abbau der Bestände leicht um 1,3 Prozent auf 2,41 Mrd. DM angestiegen. Der Exportanteil am Umsatz vergrößerte sich auf 70,4 (68) Prozent. Produziert wurden insgesamt 17 915 (16 232) Fahrzeuge, abgesetzt (einschließlich der Zulieferungen aus anderen Iveco-Werken) wurden insgesamt 23 143 (24 243) Fahrzeuge. Etwa die Hälfte des Inlandsabsatzes stammt aus der Ulmer Fertigung. Der inländische Marktanteil von Iveco Magirus bei Lkw über 5 Tonne ging auf 13,7 (14,1) Prozent zurück, dagegen erhöhte er sich im Bereich der Lkw unter 5 Tonne auf 4,6 (4,1) Prozent. Der Wettbewerb um Preise und Konditionen wird als weiterhin äußerst scharf bezeichnet.

Investiert wurden 46 (31) Mill. DM und abgeschrieben 58 (52) Mill. DM. Für 1983 sind 35 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Vorrat- und Schuldenschnitt führen zu einem um 200 Mill. auf 1,5 Milliarden DM verminderten Bilanzsumme, weshalb auch der Eigenkapitalanteil auf 17,2 (15,2) Prozent zunahm.

ZELTINDUSTRIE / Positive Absatzchancen

Starker Import aus Fernost

HARALD POSNY, Köln

Die deutsche Campingzelt-Industrie schätzt ihre Absatzchancen zur Zeit durchaus positiv ein. Die Renaissance des Campingurlaubs habe zwar bisher noch nicht zu höheren Verkaufszahlen geführt, doch wird spätestens 1984/85 die Instandsetzungswelle älterer Zelte durch Ersatz- oder Neuanfertigungen abgelöst.

Dies berichtete die Fachgruppe Zelte im Bundesverband der Deutschen Sportartikel-Industrie mit Blick auf die internationale Fachmesse für Sportartikel, Camping und Gartennuß (Spoga) vom 11. bis 12. September in Köln, die für die Zeltindustrie eine wichtige Darstellungsmöglichkeit ist. Voraussichtlich werden etwa 300 Anbieter aus 30 Ländern in Köln vertreten sein.

Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik rund 450 000 Zelte im Wert von rund 200 Mill. DM (zu Verbraucherpreisen) abgesetzt. Für 1983 wird mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet. Den Hauptteil davon bestreiten mengenmäßig die zu fast 90 Prozent importierten Hauszelte aus Nieder-

rigolnändern des Fernen Ostens und aus Staatshandelsländern.

Junge Leute bevorzugten in den letzten Jahren zunehmend die leichtgewichtigen Hauszelte in Preislagen zwischen 200 und 300 DM. Die deutsche Produktion konzentriert sich zu 80 bis 90 Prozent auf Stellwandzelte und nur zu 10 bis 20 Prozent auf Hauszelte.

Wichtige Exportländer für die deutsche Industrie sind die Niederlande, die etwa 50 Prozent des Gesamtabsatzes aus deutscher Fertigung abnehmen, Großbritannien, Belgien und Österreich.

Die Industrie ist davon überzeugt, daß es in der Bundesrepublik durchaus einen Markt für Zelte im Preis um 1000 DM gibt.

Allerdings scheint die Preisgrenze für Stellwandzelte seit über 10 Jahren bei durchschnittlich 700 bis 800 DM eingetrocknet zu sein. Diese Zelte wird derzeit weniger- und wertmäßiger als 60 Prozent über Warenhäuser und Versender vertrieben, zu 25 Prozent über Verbrauchermärkte und Spezialisten und zu 15 Prozent über den Sportartikel-Fachhandel.

NATIONAL PANASONIC / Umsatz gesteigert

Video bringt Hauptgeschäft

J. BRECH, Hamburg

Die National Panasonic GmbH, Hamburg, die im Berichtsjahr 1982 ihr 20jähriges Bestehen in der Bundesrepublik feierte, ist weiter gewachsen. Wie das Unternehmen mitteilt, sind die Umsätze um 15 Prozent auf 630 Mill. DM ausgeweitet worden. In der Struktur des Geschäfts haben sich in den beiden großen Bereichen Video und Audio Veränderungen ergeben.

Die Sparte Video einschließlich Fernsehen steuert inzwischen 48 (45) Prozent zum Gesamtumsatz bei, der Bereich Audio/HIFI nur noch 27 (31) Prozent. Nahezu unverändert blieben die Anteile von Elektro (9 Prozent) und Industrielieferungen (16 nach 15 Prozent).

An dem, wie das Unternehmen schreibt, „hervorragenden Ergebnis“ waren vor allem die Videogeräte VHS beteiligt. Deren starkes Absatzplus brachte im Bereich Video/Fernsehen einen Umsatzzuwachs von 21 Prozent. Die Industriemaschinen wuchs mit 27 Prozent relativ am stärksten, Elektro erreichte 15 Prozent. Lediglich bei Audio/HIFI mußte National Panasonic einen Umsatzrückgang von 5

Prozent hinnehmen. Auch dieses Ergebnis liege aber über dem Trend und auf die kontinuierlich fachhandelsbezogene Vertriebspolitik zurückzuführen, heißt es.

Im Jubiläumsjahr 1982 ist es nach den Worten des Hauptgeschäftsführers Seinosuke Kuraku gelungen, die Basis für ausgewogenes Wachstum in den kommenden Jahren zu stärken. Das Unternehmen habe die Partnerschaft zum Fachhandel noch vertieft und das Leistungsvermögen der Firma durch eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Vertriebsorganisation, Service, Verwaltung und Datenverarbeitung erhöht.

National Panasonic fungiert auf dem deutschen Markt als Vertriebsgesellschaft für den größten japanischen Hersteller von Produkten der Unterhaltung-, Büro- und Haushaltselektronik. Matsushita Electric Industries, Matsushita erreichte 1982 einen Konzernumsatz von rund 36,5 Mrd. DM. Als Gewinn weist das Unternehmen mit 44 Produktionsstätten und 34 Vertriebsgesellschaften 1,57 Mrd. DM aus. Die Nettorendite erreichte 4,3 Prozent.

WELT-Gespräch mit Armin Schram, Chef der Texaco

„Energienminister ist unnötig“

HANS BAUMANN, Essen

„Nach den beiden Krisen 1973/74 und 1979/80 verstärkt sich die Hoffnung, daß sich der Mineralölmarkt der Welt stabilisiert“, sagt Armin Schram, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Texaco AG, Hamburg, in einem Gespräch mit der WELT. Der Preisanstieg für Rohöl in diesen Krisenjahren war nach Schram nicht wegen seiner Größenordnung so dramatisch, sondern wegen der abrupten, steilen Sprünge, die die Chance einer vorsichtigen Akzeptanz durch den Markt verhinderten.

Teilt Schram den Ruf nach einem Energieminister, der zur Zeit wieder laut wird? Die Antwort läßt nicht auf sich warten: „Nein.“ Die Volkswirtschaft und vor allem die Verbraucher sind nach Schram gerade in den Krisenjahren besonders gut gefahren. Die Kräfte der Marktwirtschaft haben - im Gegensatz zu vielen anderen Ländern - die Versorgung noch in Zeiten der relativen Knappheit gesichert und die Preise - gemessen an den explodierten Kosten - im Zaum gehalten.

Armin Schram, der promovierter Ingenieur und Chemiker, setzt ungeschminkt auf die Marktwirtschaft und ihre selbstheilenden Kräfte, „wenn einmal Fehler gemacht werden“. Marktwirtschaft ist für ihn „nicht betrieblig“. So fragt er sich, welchen Sinn ein Energieminister haben könnte, wenn nicht den, hier und da „einzugreifen“, den Markt also auszuschaalen.

Von Westrik über Neef und Rohweder bis zu Engelmann sei die deutsche Energiewirtschaft mit den zuständigen Fachbeamten unter dem jeweiligen Wirtschaftsminister gut gefahren. Ein Minister für den Teilbereich der Wirtschaft erhöhe nur die Gefahr des Dirigismus.

Blick für die Gefahr

Denn gegenüber dem mittelständischen Ruf sowohl aus dem Tankstellen- als auch aus dem Mineralölhandelsbereich nach Spannen-Garantie, könnte ein Minister vielleicht geneigt sein, solchen Wünschen nachzugeben - womit der Anfang vom Ende der Wettbewerbswirtschaft im Bereich Mineralöl gekommen wäre. „Garantieren Spannen“, so Schram, „deroutieren die Preise, weil immer jemand bereit sein wird, von den Spannen etwas herzugeben, um Markt zu gewinnen, wiederum zu garantieren Spannen, wodurch die Preisspirale neuen Antrieb nach unten bekommt.“

Im Handel wache aber die Erkenntnis für diese Zusammenhänge, sagt Schram. Als traditionell mit dem Handel eng verbunden, begrüße er diese Schärfung des Blickes für die Gefahr, die damit auf die ganze Branche zukäme.

Trotz dieser traditionellen Bindung an den Handel werde dieser nicht „verschont“ bleiben, von „scharfen Anpassungsmaßnahmen“, die der Mineralölwirtschaft auch in Zukunft nicht erspart blieben, im Transport (Tanker), in der Lagerhaltung, im Raffineriepark und eben auch im Handel.

Kampf um Marktanteile

Die Unruhe und zum Teil gar Hektik am Treibstoffmarkt ist für ihn eine direkte Folge des scharfen Wettbewerbs. „Der Benzinmarkt ist langfristig gesehen der interessanteste Markt für die Mineralölwirtschaft“, sagt Schram. Und da man sich gute Positionen an diesem Markt sichern wolle, sei es so schwierig, die Preise an den Kosten zu orientieren. Der Autofahrer habe längst herausgefunden, daß er Nutzen ziehen kann aus diesem Ringkampf um Marktanteile.

Ist die Mineralölwirtschaft kurzfristig in der Lage, umweltfreundliche Kraftstoffe herzustellen? „Wir können jeden gewünschten Kraftstoff herstellen“, erklärt Schram. Zunächst aber müsse die Politik einmal gute Umweltschutzgesetze machen, dann werde die Autoindustrie die erforderlichen Antriebsaggregate bauen und die Ölförderländer dazu passenden Vergaserkraftstoff herstellen.

Braucht die Bundesrepublik keine Energiepolitik, die sich mehr an den Kosten als an den Mengen orientiert? „Eine extrem kostenorientierte Energiepolitik kann Bohn nicht leisten“, sagt Schram. Die Energiepolitik müsse auch auf die Versorgungssicherheit achten. Wird gerade die aber nicht reduziert, wenn die Ölförderländer jetzt verstärkt Rohöl-Verarbeitungsanlagen errichten? „Die Versorgungssicherheit ist zweifellos größer, wenn man das Rohöl in der Bundesrepublik verarbeitet“, räumt Schram ein. „Ich halte es aber für legitim, daß die Förderländer in eigene Veredlung investieren.“

Teilt er die Sorge des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, daß die Gefahr eines tiefen Preissturzes beim Rohöl noch nicht gebannt sei? „Die letzten Monate haben gezeigt, daß die Ölförderländer sensibler sind“, sagt Schram.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Heft 15 der „Orientierungen“ bringt Beiträge zur Friedenspolitik, zum Welthandel und zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland, ein Interview mit Bundesbankpräsident Otto Pöhl zur internationalen Währungspolitik sowie Analysen zur Wirtschaftspolitik in Japan und Ägypten.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

VSC

Ohne Aval SFR ab 500.000,- DM
ab 4,8-5,5%
vermittelt:
VSC Immobilien
Am alten Broich 42 - 4018 Langenfeld
Telefon 0 21 73 / 77 47 67 88 30

Travemünde/Ostsee

Seeblick, Kaiserallee, 1. Reihe
Lux-Eigt-Wing, 118 m², Balkone nach Osten und Westen, eigene Fahrstühle, 3 Bäder, VS 475 000,- DM, kompl. Einbauten u. weitere exklusive Einrichtungen, 78 000,- DM von Privat.
Zuschriften erbeten unter 7652 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Teilhaber/Partnerin

als geschäftl. Gesellschafterin
Die Fähigkeiten und Führungseigenschaften, die für eine erfolgreiche Unternehmung unabdingbar sind, setzen wir voraus. Ebenso ein entsprechendes Beteiligungskapital. Ihre Zuschrift bitte unter U 7633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VELUWE (Holland)

Reizendes Landhaus, gelegen auf „de Veluwe“ in Eerbeek, Baujahr 1970, moderne Luxusvilla, insgesamt 16 000 m², ganz umzäunt.
Gern schicken wir Ihnen Foto, Beschreibung, Einbauzeichnungen in deutscher Sprache zu.
Makelaardij-Strijbis
Mr. van Hisselt-Laan 1, Apeldoorn (Holland), Tel. 00 31 / 55 21 63 24

Karte

in Schlesw.-Holstein (Kappeln),
Wfl. 62 m², saniert.
Tel. 0 46 / 71 90 57 73

Ab 12350 DM

sind Sie als Miteigentümer an einer stark expandierenden Schweizer AG dabei.
Jährliche Netto-Rendite von 12% und Kapital garantiert.
Ihre Anfrage an Postfach 75 28, CH-8025 Zürich wird absolut vertraulich behandelt.

2900 OLDENBURG

Exklusives Wohnhaus (Nähe Universität) zu verkaufen. Kein Makler!
Grundstück 1 067 m², Wfl. 185 m², Wohn- mit Kamin, Küche, Esszimmer, Elfenbein, Abstellraum, Wirtschaftsräume, sep. Schlaftrakt 3 Schlafzimmer, Bad, 2 sep. WC, Kompi. Sauna mit Solarium, Schwimmbad, Innenhof mit Außenkamin.
Keller mit Hobbyraum, reizvolle Eckscheune, VBS 880 000 DM, ggü. Makler möglich. Angebote unter L 7610 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Südschwarzwald

Hofgrund - Schulstand bei Freiburg
Eigentumswohnungen, 2 und 3 Zimmer, ab DM 130 300,-
Kurort Lentkirch
Eigentumswohnungen, 1 1/2 bis 2 1/2 Zimmer, inkl. Garage ab DM 137 800,-
GISINGER WOHNBAU
7800 Freiburg, Karlstraße 6
Telefon (07 61) 3 17 43

Mod. Gewerbeobjekt

Bauj. 74, verkehrsmäßig an Hauptstr., 2 Etagen, 200 m², Wfl. ca. 500 m², Verkaufs- u. Lagerz., 70 m² Scheunentor, 600 m² Lagerfläche + 50 m², m. Wfl. 100 m², 100 m², 100 m², Grundst. ca. 3500 m², Verk. d. Eigentums.
Zusch. unter P 7381 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Der große, überregionale und internationale Markt für Grundstücke, Häuser, Geschäfte, Betriebe, Kapitalien:

Die Große Kombination
Immobilien-Kapitalien
DIE WELT
WELTSONNEN

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

MAKLER

Ausgewählte Gelegenheiten in US-Agrarland zu investieren. Ertrag von 50% im 5. Jahr garantiert durch eine führende amerikanische Bank. Einmalige Gewinne ab 6. Jahr, und dieser kann bis zu 50% jährlich steigen während Jahrzehnten. Best. Investment. Best. Bereichs-Verwalter. Abgeschlossene, ideale Kapitalanlage für mittel- und langfristige Rendite. Angebote an: GLOBE FLAN SA, 24, Mon Repos, 1005 Lausanne, Schweiz, Tel. (41) 22 35 13, Telex 2 5 185

Costa del Sol/Marbella

Lebensvilla, 624 m² Nutzfläche, Grundstück 2900 m², 8 Schlafz., 8 Bäder, großer Palmengarten, großer Pool, herrlicher Ausblick auf Mittelmeer, Bergplätze und Golfplatz - KP: 830 000 US-Dollar (WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen).

Freistehende Häuser

ab DM 65 000,-
inkl. Grundst., Gartenanlage, Außenbäder, Innenbäder, 2. Stock, Kamin, Fliesenverkleidung, etc.
Weitere glänzende Angebote von Grundstücken, bewohnten Villen, Bungalows und Eigentumswohnungen. Immer Angebote aus zweiter Hand. Beschäftigungsfähig jeden Freitag/Sonntag.
COPRINSA
Repräsentanz
4700 Hamm 1
0 23 61 / 2 88 84

Get gepfl. Haus

am Wattenmeer, 111 m², inkl. möbl. u. stat. EL, Wdh. 9,5, 2. Stock, 10, Gemüsegart. T. 00 31 - 51 86 17 80

Denia / Costa Blanca

2. St., 58,8 m², ruh. Wohngebiet, sofort bezugsfähig, 2. Makleranfrage, 2. Zwischenschaltungskosten. Fr. 1.
Tel. 0 53 87 / 7 28 26

Baufinanzierung und Hypothekendarlehen

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsvollstreckung oder negativer Ausblick) können wir helfen. Eine telefonische Anfrage lohnt sich.
Vermittlung: WSB EITORT
Tel. 0 243 / 77 75

Switzerland AG verkauft

- Aus eigenem Besitz
- Kapitalanlagen - Eigentumswohnungen
- In besten Lagen von Köln u. Düsseldorf
- Übernahme schweizerischer Hypotheken möglich.
- Mit einem Zinssatz zu 5%

Auskunft und Verkauf

Montags AG, CH-7500 St. Moritz, c/o Zinsli oder Tel. Deutschl. tags. 02 61 / 78 20 61 03 u. 20 90 Uhr, 02 61 / 26 18 85

Baden-Baden

Erwerbsmodell im schönsten Villenviertel, oberhalb Kurhaus und Theater.
Eigentumswohnungen in solider, handwerklicher Ausführung und eleganter Ausstattung.
Z. B. Wohnfläche 85,45 m², Kaufpreis DM 383 100,-
erforderliches Eigenkapital 10%
günstige Finanzierung über örtliches Kreditinstitut: 5% Zinsen p. a. 8,5% Darlehen, 3 Jahre fest.
Einkommensersatzende für Kapitalanlagen bei Verzinsung in 6 Jahren möglich bis zu DM 185 418,-
Bitte, informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!
Apartment-GmbH
Bau- und Vertriebsunternehmen
7570 Baden-Baden
Marie-Viktoria-Straße 3
Telefon (0 72 21) 2 44 04

Apartmentbau Baden-Baden

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

HADEFA

HAUS DER FACHGESCHÄFTE GMBH

Eröffnung neu Januar '84

MANNHEIM · D 3 · PLANKEN

LADENGESCHÄFTE

zu vermieten.

Für alle Branchen geeignet.

Von 24-486 m²

- Moderne Einkaufscenter-Konzeption -

Informationen über HADEFA GMBH, Mannheim,

Sophienstraße 13 · Tel.: 06 21 / 40 70 71

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Switzerland AG verkauft

- Aus eigenem Besitz
- Kapitalanlagen - Eigentumswohnungen
- In besten Lagen von Köln u. Düsseldorf
- Übernahme schweizerischer Hypotheken möglich.
- Mit einem Zinssatz zu 5%

Auskunft und Verkauf

Montags AG, CH-7500 St. Moritz, c/o Zinsli oder Tel. Deutschl. tags. 02 61 / 78 20 61 03 u. 20 90 Uhr, 02 61 / 26 18 85

Baden-Baden

Erwerbsmodell im schönsten Villenviertel, oberhalb Kurhaus und Theater.
Eigentumswohnungen in solider, handwerklicher Ausführung und eleganter Ausstattung.
Z. B. Wohnfläche 85,45 m², Kaufpreis DM 383 100,-
erforderliches Eigenkapital 10%
günstige Finanzierung über örtliches Kreditinstitut: 5% Zinsen p. a. 8,5% Darlehen, 3 Jahre fest.
Einkommensersatzende für Kapitalanlagen bei Verzinsung in 6 Jahren möglich bis zu DM 185 418,-
Bitte, informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!
Apartment-GmbH
Bau- und Vertriebsunternehmen
7570 Baden-Baden
Marie-Viktoria-Straße 3
Telefon (0 72 21) 2 44 04

Apartmentbau Baden-Baden

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

HADEFA

Eröffnung neu Januar '84

MANNHEIM · D 3 · PLANKEN

LADENGESCHÄFTE

zu vermieten.

Für alle Branchen geeignet.

Von 24-486 m²

- Moderne Einkaufscenter-Konzeption -

Informationen über HADEFA GMBH, Mannheim,

Sophienstraße 13 · Tel.: 06 21 / 40 70 71

HADEFA

Eröffnung neu Januar '84

MANNHEIM · D 3 · PLANKEN

LADENGESCHÄFTE

zu vermieten.

Für alle Branchen geeignet.

Von 24-486 m²

- Moderne Einkaufscenter-Konzeption -

Informationen über HADEFA GMBH, Mannheim,

Sophienstraße 13 · Tel.: 06 21 / 40 70 71

ELT - Nr. 142 - Mittwoch
Festverzinsliche Wertpapiere

Table with 3 columns: Bond type (e.g., Bundesanleihen, Bundespost), Issuer, and Price/Value.

Table with 3 columns: Bond type (e.g., Rentenwerte), Issuer, and Price/Value.

Table with 3 columns: Bond type (e.g., Optionsscheine, Währungsanleihen), Issuer, and Price/Value.

Table with 3 columns: Bond type (e.g., Ausländische Aktien), Issuer, and Price/Value.

Advertisement for Delta Air Lines featuring a photo of a man and woman, a map of Australia, and text about flying to Atlanta and Australia.

ENWERKE
Postfach 13 50, 3220 Aifeld (Leine),

Der neue Ho
audio, Bodyb
Restaurants, Gi
... und rund
das großartige
des Westerwak
... der Sternwarte
... Sternwarte, 1

McEnroe droht Disqualifikation, gegen eine Klage ist der Club versichert

Die Überraschung aus Nigeria: Ndanko Odizor

DW, London
Das Tennis-Turnier von Wimbledon begann mit einer großen Überraschung. Der Argentinier Guillermo Vilas, ein Nummer vier gesetzter, schied bereits aus. Sein Bewizner (3,6; 5,7; 7,5; 7,5; 6,2) ist der einzige Schwarzafrikaner in der Weltrangliste (Platz 31): Ndugu Odzor (24) aus Nigeria.

Vilas, der als Spezialist für Sandplätze in Wimbledon noch nie sehr gut abgeschnitten hat, macht für seine Niederlage die drohende Regenwetterperiode verantwortlich. Ich hätte gerne eine Sperre bekommen. Ich hätte gerne einen Regen bekommen. Diese Sperre könnte das Ende meiner Karriere bedeuten. Unter der

Umstände kann ich nicht in Ruhe Tennis spielen".

Näuka Odzow wurde vor neun Jahren von einem amerikanischen Professor in Lagos entdeckt. Er studierte an der Universität Houston, wo er 1981 auch zum "Athlete of the Year" gewählt wurde. In der englischen Presse wurde der Nigerianer gestern wegen seiner Reflexe mit einem Artisten verglichen, der eine Gewehrkugel mit den Zähnen auffängt.

Peuter Eßer aus Essen und der Neuseeländer Maurer haben den ersten Sieg über den Holländischen Schöpser und den Amerikaner Mike Brunnberg die zweite Runde erreicht. Ausgeschieden ist der Stuttgarter Demir Keretic. Eßer spielt nun gegen Tim Gullikson, Maurer gegen Victor Amaya (beide USA).

STANDPUNKT

Das ist so bei Rudeln, ein Letztter muss sein. Es bestimmt, was und wie gejagt wird und wie groß die Zappen ausfallen, die jeder von Beute erhält. Löwen machen das so, Wölfe – und auch Fußballer. Und wie es dann so gehen kann, das zeigen die beiden Fußballer: Wenn das Letztter klein und müde wird, kommen andere und melden Herrschaftsansprüche an. Denn für nichts haben Herrschaftsansprüche einen so sicheren Blick wie für die erste Schwäche der Führerfigur. Sie umschleichen den, dessen Position sie wollen. Mehr geschieht zunächst noch nicht, bei Löwen, Wölfen – und bei Fußballern.

Das ist das Stadium der Drohebarden. In diesem befinden sich gerade, so hörten wir aus dem fernsten Königreich Ust Hoernd, die beiden Brüder. Zunächst der jüngere, der Kapitän angeführt von einem man ja weiß, daß er künftig für den FC Bayern doch noch den Teil seines Körpers einsetzen will.

Jubelsprung nach dem Sieg: Ndako Odizer aus Nigeria. FOTO: AP

CLAUS GEISSMAR, London. Eigentlich hütete der Wimbledon-Club diese Nachricht lieber geheimgehalten. Der Vorstand des All England Lawn Tennis and Croquet Club hat sich mit 10 Millionen Mark dagegen versichert, daß ein von einem disqualifizierten Spieler verklagt wird. Für den ungewöhnlichen Versicherungsvertrag war sofort eine Summe von 1000 Mark fällig. Und obwohl in dem Vertrag nicht ein einziger Spielername auftaucht, ist jedermann klar: Wimbledon versucht, sich gegen John McEnroe zu versichern. Falls McEnroe disqualifiziert wird, will sein Vater, ein Rechtsanwalt, Klage einreichen. Er hat sich bei McEnroe sieben Meter von seinem Sohn entfernt, als es dem 24 Jahre alten Amerikaner wieder nicht gelang, sich auf die feine englische Tennistart einzustellen. Er brüllte und schrie, daß er ein disqualifizierter Mark Newburn ihm des fünften Fußfehler ankreditete, schrie er ihnen an: "Haben Sie überhaupt eine Ahnung, was Fußfehler sind?" McEnroes erster Wimbledon-Sieg gegen seinen Landsmann Ben Testerman am 22. März 1982 war für ihn eine Wunderschänke. Nur die großen Wunderschänke, gegen die sich Wimbledon nun versichert hat, blieben noch aus.

Mike Davis, Direktor der Spielergewerkschaft A.T.P., sagte: "So geht es nicht weiter. Es müssen endlich Regeln geben, die die Spieler zu-

werden. In Amerika gibt es schon Jugendturniere, bei denen 15jährige Schläger schmeißen, fluchen und Schiedsrichter beschimpfen. Nach dem Vorbild von McEnroe halten sie diese Methoden für den richtigen Weg nach Wimbledon.

Den Tennissportfunktionären ist endlich klar geworden, daß die Leistungslösung nicht die einzige Wirtin ist. Los sind Spieler wie McEnroe können selbst 10 000 Dollar aus dem linken Hosentasche bezahlen. Wirklich bestrafen kann man diese Superstars der Weltspitze nur, wenn man sie nach schweren Zwischenfällen sofort disqualifiziert.

Und genau darauf hat sich Wimbledon vorbereitet.

Die ATP sieht hinter dem Clubvorstand. Denn die meisten Spieler sind selbst dafür, daß die Disziplin wiederhergestellt wird. Wenn der „Superbengel“ (superbrat) McEnroe Turnierte ausläßt, ist das nicht nur ein Schaden für die Konzentration gestört als er selber.

John McEnroe spielt in Wimbledon nicht in derselben Form wie der als Nummer eins gesetzte Titelverteidiger Jimmy Connors. Und die verletzten Linke Schützer zittern. McEnroe hat sich ein paar Wochen normalen Holzhrahmschläger auf einen mittleren (midsize) Großkopfschläger umgestellt. McEnroe dem neuen Schläger haben vor allem seine Aufschläge an Tempo und Gefährlichkeit verloren. Und McEnroe ahnt auch, daß er bis zum streblenden Himmelsball nicht

Wimbledon noch Sturmwolken aufziehen können: „Alle reden davon, daß mir etwas Furchtbares passieren kann. Mich langweilt das schon.“

Der Londoner Versicherungsmarkt ist weniger gelangweilt. Die plötzlichen Prämienereinnahmen aus Wimbledon haben das Turnier noch spannender gemacht. Vater

Anzeige

Großauftrag aus der UdSSR

Gasturbinaeinrichtungen mit AEG-KANIS Komponenten

Das Konsortium AEG-Kanis/MAIN-GHH Sterkrade hat aus der UdSSR einen Auftrag in Höhe von ca. 230 Mio. DM zur Lieferung von Komponenten für Gasturbinaeinrichtungen erhalten. Diese Komponenten werden in Kompressorstationen von Erdgaspipelines eingesetzt. Die Auslieferung der Komponenten erfolgt bis Ende 1984.

ZAHLEN

Derby-Rekord
Hamburg (ggü.) – Das 114. Deutsche Galopp-Derby am 3. Juli in Hamburg wurde als Rennkürtenrennen ausgetragen. Der Sieger des Rennens ist neuer Rekordler: 508 350 Mark, davon 279 175 Mark für den Sieger. Noch 34 Pferde sind startberechtigt, wahrscheinlich werden 24 laufen.

Verfahren gegen Zebec?
Frankfurt (sid) – Hans Kinder-Aschen, Vorsitzender des Kontrollausschusses des DFB, prüft, ob ein Verfahren gegen Trainer Branko Zebec notwendig ist. Der Bund Deutscher Fußball-Lehrer hatte Zebec's Alkoholprobleme als „schädlich für den Berufsstand und Negativ-Beispiel für die Jugend“ angeprangert.

Aachen: Irischer Sieg
Aachen (sid) – Das 47. Aachener Reitturnier begann mit einem aus-

ländischen Erfolg. In einem Zeitsprung gewann der Ire Paul Daragh auf Carroll in 52,26 Sekunden vor dem deutschen Vizemeister Achaz von Buchwaldt auf Intschuna (54,84).

Hammer-Weltrekord

Moskau (sid) - Sergei Litwinow verbesserte gestern den Hammerwurf-Weltrekord in Moskau auf 84,1 m. Der 25jährige Olympiasieger aus der UdSSR steigerte seine eigene Bestmarke vom 4. Juni letzten Jahres um 16 Zentimeter.

Zehnmal über sieben Meter

Moskau (sid) - Swetlana Zorina ist die zehnte Weltspringerin der Welt, die die Sieben-Meter-Marke übertraf. Bei der Spartakiade in Moskau erreichte sie 7,04 m. Zwei weitere herausragende Leistungen: 45,4 Sekunden von Wiktor Markin über 400 m und 48,78 Sekunden von Alexander Charlow über 400 m Hürden.

TENNIS

Turnier in Wimbledon, Herren, erste Runde: Bauer (USA) - Kerecic (Deutschland) 7:5, 7:5, 7:5, Panatta (Italien) - Cies (Argentinien) 6:1, 6:4, 6:2, Fleming (USA) - Bates (Großbritannien) 7:6, 6:3, 6:2, Eder (Deutschland) - Schepers (USA) 6:2, 6:3, 6:4, Sandy Mayer (USA) - Davis (USA) 6:2, 6:4, 6:2, Mourer (Deutschland) - Brunnberg (USA) 3:6, 6:1, 6:4, Connors (USA) - Edwards (USA) 6:4, 7:5, 6:3.

Damen, erste Runde: Wade (Großbritannien) - Tobin (Australien) 1:6, 7:5, 6:4, King (USA) - Sayers (Australien) 7:5, 6:3, Hanika (Deutschland) - Bowes (USA) 6:3, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotter: 1: 447 007,90 Mark, 2: 178 803,10; 3: 4510,10; 4: 99,80; 5: 8,30; 6: 30,00; 7: 7703,40; 8: 2461,60; 9: 99,30; 10: 8 aus 1 und 2; unbesetzt; 3: 5648,80; 4: 5650,50; 5: 12,30.

Rennter: A: 521,50; 2: 186,00; - Rennen B: 1: 564,20; 2: 324,70; - Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 150 104,40.

(ohne Gewähr)

[illegible]

Zuerst wollte sie keiner: E. M. Remarques Romane

Weißer Mäuse zur Premiere

Zwei Lektoren des Ullstein Verlages, Max Krell und Cyril Soschka, nehmen für sich in Anspruch, den Weltroman eines kleinen Scherl-Redakteurs begründet zu haben. Erich Maria Remarque, am 22. Juni 1983, also vor genau 85 Jahren in Osnabrück als Dorfschullehrer, dann Werbefachmann bei Continental in Hannover, schließlich in Berlin bei "Sport im Bild", hatte den Kriegsroman, den er sich von der Seele schrieb, mindestens einem Dutzend Verlegern angeboten, auch seinem eigenen. Keiner wollte ihn haben, nur Ullstein griff auf die ungünstige Empfehlung der beiden Lektoren hin zu. Die im gleichen Haus erscheinende "Vossische Zeitung" übernahm den Vorabdruck in Fortsetzungen - ihre Auflage soll sich darauf verdoppelt haben. Die Zeit war 1928 reif für einen Roman über die blutige Auseinandersetzung, in dem nichts beschönigt wurde.

In der Tat paßt das Buch besser zu Ullstein als in den Zeitungskonzernen des Geheimrats Eugen von der Deutschnationalen Volkspartei. Deren politischen Nachbarn bei der NSDAP mißfiel es sogar so sehr, daß sie die Berliner Premiere der amerikanischen Verfilmung durch Loslassen von weißen Mäusen störten - ein Streich in der Manier von Josef Goebbels. Doch da war der millionenschwere Erfolgsautor schon in die Schweiz übergesiedelt, an den Lago Maggiore, wo er sich die einst von Arnold Böcklin bewohnte Villa "Casa Monte Tabor" kaufte. Später ging er dann in die Vereinigten Staaten, und 1947 nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an.

Zutiefst enttäuscht von der Haltung seiner Landsleute, die seine Wahrheitsliebe mit Defätismus verwechselten, war er allmählich in ein internationales Milieu gegliedert, das man als Jet-set bezeichnen könnte, wenn damals schon Passagiere in Düsenflugzeugen befördert worden wären. Er war mit Mariene Dietrich und mit Greta Garbo befreundet und heiratete, nach der Scheidung, Wiederheirat und zweiter Scheidung von seiner ersten deutschen Frau die Ex-Gattin von Charlie Chaplin, die Schauspielerin Paulette Goddard, mit der er schließlich in seine Villa in Porto Ronco bei Ascona zurückkehrte. Nach Deutschland ist er nur zu Stippvisiten gekommen, so 1956 nach Berlin, wo sein Stück "Die letzte Station" aufgeführt wurde, das Abenteuer einer blonden Deutschen, die einen Untergrundkämpfer im Keller versteckt. 1970 ist Remarque im Tessin gestorben.



Erich Maria Remarque (1898-1970) FOTO: AP

KRITIK Walter Ulbricht im O-Ton

Der dreiteilige Fernsehfilm "Der Dorf" (ZDF) unternahm den Versuch, die Entwicklung vom Kriegsende 1945 bis in unsere Tage in einem mitteldeutschen Dorf nachzuzeichnen. Stationen waren der Einmarsch der Russen, die Flucht der enteigneten Bauern, die quälende Zögern einzelner, ob sie nun ebenfalls fliehen sollten oder nicht, die Kollektivierung durch die LPG und das Sichfinden mit dem Alltag in der "DDR".

Wurde im 1. Teil noch der Knoten dramaturgisch geschürzt und der Zuschauer nicht ohne Spannung auf den Fortgang des Geschehens verlassen, so blieb der 2. Teil dem Thema Flucht vorbehalten. Da brummt die Rosinenbombe als zeitlicher Hinweis nach West-Berlin. Und wir erfahren, daß sechs von 24 Höfen in Dübritz bereits leerstehen. Der Druck auf die Bauern setzte ein, wer sich nicht der LPG anschloß, bekam ein Hakenkreuz aus Scheunentor.

Dazwischen Ulbrichts Phrasen in Originalton vom Aufbau und den Segnungen des Kommunismus. "Der kalte Sommer", so der Titel des 2. Teils der Trilogie, erzählt etwas zu langatmig die Geschichte vom Bleiben oder Fliehen. Die Härte der Auseinandersetzung um dieses zentrale Problem, vor dem die mitteldeutschen Bauern damals standen, erschöpft sich zu sehr im nebensächlichen Geschehen. Es fehlt in der Aussage die wirkliche Not, die Angst. Der 3. Teil könnte heute oder gestern abgedreht worden sein. Gefeuert wurde in Dübritz der internationale Frauentag mit Kaffee und Kuchen, mit der Rede des gewandelten, nunmehr überzeugten Romanowski, denn er ist ja jetzt der LPG-Vorsitzende. Die sozialistischen Phrasen gehen ihm ohne

Stocken über die Lippen. Mitten hinein der Besuch von Vera mit Tochter, sie kommen mit dem Pkw aus München, wohin der Vater, einst der größte Bauer im Dorf, mit der Familie damals floh. Ein Widerschein, verhalten freundlich aber das Fremdwordensein wird deutlich. Dies besonders in den Gesprächen mit Helmut, dem Jugendfreund, der nunmehr überzeugter kommunistischer Lehrer ist.

Zur Staffage dient ferner eine "DDR"-Theatergruppe, die ins Dorf kommt, um ein Schauspiel aufzuführen. Es kommt zu manchen kleinen Problemen, weil der Bühnenwagen mit Achsenbruch liegengeblieben ist und von der Nationalen bis zur Uniform vieles fehlt. Improvisation und Mangel, mit diesem Abgesang klingt der Film auch aus. "Der Sozialismus hat uns kein Glück gebracht", sagte Tante Waltraud und umriss damit eindeutig den dörflichen Alltag in der "DDR", wie er sich heute bietet.

Fazit: Eine Trilogie, die gestrafft auf zwei Teile, sicher wirksamer gewesen wäre. Aber ein Drehbuch von Peter Steinbach mit trefflichen, oftmals hintergründigen Dialogen. Einfühlend und überzeugend setzte Regisseurin Claudia Holdack das Geschehen ins Bild, wobei ihr eine vorzügliche Kameraführung zur Seite stand. Lebensrecht auch die Schauspieler, die in ihrer Unaufmerksamkeit glaubwürdig waren. Besonders hervorzuheben sind Renate Blauberg, Franz Buchrieser, Ilse Pagé, Tilly Lauenstein und Werner Bernth. Ein Film, der trotz mancher Mängel ein Stück bürgerlicher Geschichte in Mitteldeutschland nachvollziehbar und der auch hierzulande so manchen Betrachter nachdenklich gemacht haben sollte. SIEGFRIED HELLE

STUDIO

Dem Leiter der Report-Redaktion beim SWF, Franz Alt wird am 20. Juni aus den Münchener Oberbürgermeister Erich Kieser die Ludwig-Thoma-Medaille der Stadt München verliehen. Der Preis wird von einer Kommission des Münchner Stadtrats vergeben. Ferner erhielt Alt den mit 10 000 Mark dotierten Joseph-E.-Drexel-Preis, benannt nach dem früheren Nürnberger Verleger. Der Preis wird seit 1956 für besondere publizistische Leistungen vergeben. Alt erhielt

die Auszeichnung für "den Mut, die Eigenständigkeit und die Verantwortung", die seine publizistische Arbeit prägen.

Die Originalstimmen von Weltstars wie Fred Astaire, Judy Garland, Gene Kelly, Danny Kaye, Rita Hayworth und Bing Crosby können Besitzer von Fernsehgeräten mit Mehrkanal-Ton innerhalb der Wiederholung der ZDF-Sendereihe "Die Broadway's liebsten Kind empfangen. Diese Musicals wurden nachträglich mit dem Originalton ausgestattet, so daß die Zuschauer wahrheitsgemäß die Synchronisation oder das englische Original hören können.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße 10.00 heute 10.05 Der Kasperl tanzt	11.15 Unser Kosmos 12.10 Monitor 12.55 Preussische 13.00 heute
14.10 Tagesschau 14.15 Tiere vor der Kamera Schneefinken in Japan Film von Ernst Arndt und Hans Schweiger 17.00 Donkater Flucht nach Hause (2) 17.50 Tagesschau dazu Regionalprogramme 20.00 Tagesschau 20.15 Lebenshilfe (1) Die Geschichte der Kinder von Gollitz in einzelnen Porträts DDR-Dokumentarfilm von 1981 Von Winfried Junge und Hans- Eberhard Leopold „Lebenshilfe dokumentiert norma- le, für Bürger der DDR typische Lebensgeschichten, Lebensstan- dards, Lebenssituationen. Schlüs- selgedanken werden nicht gesetz- t.“ Die Wahl des Ortes Gollitz, Krais Seehof im Bezirk Frankfurt/ Oder, und die Jahre 1961 für den Beginn der Chronik können als zu- füllig angesehen werden“, heißt es in einer Produktionsmitteilung der DEFA. „Ebenso verhält es sich mit jeder Beschränkung auf etwa die Hälfte der Schüler der Klasse. Die Materialien von neun von ih- nen rechtfertigen bisher Einzel- porträts.“ Zu den ersten fünf Por- träts: 1. Jürgen W. – geht acht Jahre zur Schule, wird Motor und Tapezierer. 2. Gudrun K. – schließt die Schule mit der 10. Klasse ab, wird Köchin, Genossin, Kreisabge- ordnete. 3. Bernd G. – wird Mischelocharbeiter. 4. Brigitte H. – lernt Facharbeiter für Gefäßzü- cht. 5. Dieter F. – beginnt eine Zimmermannlehre.	15.17 heute ZDF-Ferienprogramm für Kinder 15.20 Capella Petrus 15.45 Henry Winkler Theatershow 16.30 Redaktions 16.35 Krimi: Abschied aus New York Das Geleit-Komz (2) 17.15 Esame in Form 17.30 heute / Aus den Ländern 17.40 Tele-Überblick 18.10 Das geht Sie an Wer hat bei Paus- en Zusagen? Ansch. heute-Schlagzeilen 18.20 Bilder, die die Welt bewo- n 13 neue Folgen Sturmflut in Holland 19.00 heute 19.30 Konrad Müssen Erben Siebenstelliger Fernsehfilm eine Hamburger Kaufmanns- sohn nach dem Roman von Wittemack (1. Teil) 20.15 Bilanz Im Gespräch: Benzin ohne Hindernislauf für den schutz / Kontroversen: Le- bversicherungen – Kapital- anlage oder legaler Betrug? / Vor Ort: Bei Monatsmangel – umstritt- te Teilzeitarbeit nach der Lehre report: Arbeitsmarkt – von der Uni auf die Straße / Tierschutz / Unübersicht – wann gibt's Sondersatz? Moderation: F. Ost 21.30 heute-Journal 21.35 Mittwochsletzte – 7 am 22 21.55 Deutsches Hans Schlögl 22.10 Am der Aachener Seen Internationale Reit- und turnier CHIO 22.55 Die Nacht von Lissabon Tragische Liebesgeschichte Remarque Roman 23.00 heute



Alles dreht sich um Affen in der ARD-Sendung "Tiere vor der Kamera" (16.15 Uhr) FOTO: TELEBUN

III.

WEST 18.00 Telekolleg Volkswirtschaftslehre (6) 18.30 Sesamstraße 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Telekolleg in Berlin 21.00 Letzte Nachrichten	21.00 heute Axel Plantinga aus Mexico City: Der Fotograf und seine Stadt 22.15 Die verschwandene Kinder Franz. Spielfilm, 1976 23.00 Letzte Nachrichten
NORD 18.00 Sesamstraße 18.30 Leben im Wassertropfen 19.15 Sesamstraße und (6) Scherheit der Tonkassett 20.00 Tagesschau 20.15 extra drei 21.00 Widerstand gegen Amerikaner Franz. Spielfilm, 1976 23.00 Letzte Nachrichten	HESEN 18.00 Sesamstraße 18.30 Farns über 18.55 Peter ... 19.00 Altes Pochwerk - neues Haus 19.30 Antiquitäten in Serie (11) Jugendstil-Lampen - Experten über Echtheit und Fälschung 19.45 News of the Week 20.00 Tagesschau 20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven 21.00 Drei aktuell 21.15 Antiquar 21.30 Heilbrunn 21.55 Club 2 Südafrika heute
SÜDWEST 18.00 Sesamstraße 18.30 Telekolleg 1 Volkswirtschaftslehre (6) 19.00 heute Nur für Baden-Württemberg Nur für Rheinland-Pfalz 19.30 Abendschau Blick ins Land Nur für das Saarland 19.50 Star 3 regional Gesamt-Schweiz 3 20.00 heute 20.30 heute 20.55 heute 21.00 heute 21.30 heute 21.55 heute	21.00 heute 21.30 heute 21.55 heute 22.00 heute 22.30 heute 22.55 heute 23.00 heute 23.30 heute 23.55 heute

Wir trauern um unseren geliebten Vater und Großvater

Theodor Scheiwe
geb. 5. 10. 1897 gest. 19. 6. 1983

der heute in den Frieden Gottes heimgegangen ist.

Seine Tatkraft, Aufgeschlossenheit und sein Familiensinn werden uns stets Vorbild sein.

Paula Nesseler geb. Scheiwe
Franz-Arnold Nesseler
Ursula von den Driesch geb. Scheiwe
Paul von den Driesch
Peter Scheiwe
Ida Scheiwe geb. Mayer
Barbara Roberg geb. Scheiwe
Julius Roberg

Dr. med. Eva Lör geb. Scheiwe
Dr. med. Hans-Ulrich Lör
Beate Schmelter geb. Scheiwe
Peter Schmelter
Cornelia von Lovenberg geb. Scheiwe
Andreas von Lovenberg
und Enkelkinder
Katharina Holtorf

4400 Münster, Wolbecker Str. 166

Meine innigstgeliebte Frau

Dörte Dibbert
geb. Kindt
* 2. 12. 1936 † 14. 6. 1983

hat mich leider viel zu früh verlassen.

In tiefer Trauer
Siegfried Dibbert
und alle Angehörigen

2000 Hamburg 76, Mundsburger Damm 36
Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 27. Juni 1983, um 15.00 Uhr in
Halle B des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf.
Statt zugezogener Blumen und Kränze wird um eine Spende für die Deutsche
Gesellschaft zur Rettung Schriftbrücker, Kto. Hamburger Sparkasse (BLZ
200 505 50), Nr. 1280 / 196773, gebeten.

Plötzlich und unerwartet starb am 14. Juni 1983

Dörte Dibbert

Alle, die mit ihr zusammen arbeiteten, werden sie
sehr vermissen.

Axel Springer Verlag AG

Kaufmann Herr, dein Wille geschaltet

Ernst Drauschke
* 25. 3. 1910 † 20. 6. 1983

Wir sind traurig, daß er gestorben ist, aber wir sind
dankbar, daß wir ihn hatten.

Christine Drauschke geb. Bernards
Ernst-Peter Drauschke
und Frau Christel geb. Klein-Bley
Gerhard Drauschke
und Frau Anne-Kathrin Brand-Drauschke
Christa Drauschke
Johannes Jessberger
Barbara als Enkelkind

4600 Dortmund-Wambel, den 20. 6. 1983

Die heilige Messe für unseren Verstorbenen feiern wir am Donnerstag, dem 23. Juni 1983,
um 11.30 Uhr in der St. Marien-Kirche in Dortmund-Wambel, Rahelstraße. Anmelde-
geld ist um 13 Uhr die Bestätigung von den Angehörigen des Heerdienstes in
Dortmund an: Rahelstraße 11, 4600 Dortmund, Tel. 23 12 12 ab 12 Uhr abgeben.

Statt freundlich zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende für den
Nachbau des Pfarrhauses St. Marien, Kto.-Nr. 311 000 857 bei der
Sparkasse Dortmund.

Plötzlich und unerwartet starb am 14. Juni 1983

Dr. Mildred Scheel

Viel ist erreicht.
Viel mehr bleibt zu tun:
Spendenkonto
909090 bei allen
Banken, Sparkassen
und Postcheckamt
Köln 909090-501.
Dem Leben zuliebe
Deutsche
Krebshilfe e.V.

Nach langer, geduldig ertragener Krankheit verstarb am 18. Juni 1983 unser
Gesellschafter und Seniorchef, Herr

Karl Sieber
Ingenieur VDI
im Alter von 78 Jahren.

Bis zuletzt widmete er sein Denken und seine ganze Schaffenskraft dem
Fortschritt der Technik und dem Wohle seiner Firmen und deren Mitarbeiter.

KARL SIEBER GMBH + CO. KG
Fabrik für Umformwerkzeuge, Norderstedt und Hitzacker/Eibe

ALBERT STECH GMBH + CO. KG
Hamburg-Wandsbek

SIEBER TOOL ENGINEERING CORP.
Chicago, USA

EUROTOOL GMBH
Bad Münstereifel-Eicherscheid

Die Beisetzung findet auf Wunsch des Verstorbenen im engeren Kreise statt.

**Familienanzeigen
und Nachrufe**

können auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
02 17 001 777 as d

Berlin 01 84 611

Kettwig 08 579 104

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert
Möhl

Deutschland-Korrespondenten: Berlin:
Hans-Jürgen Kuntz, Peter
Weitz, Düsseldorf: Dr. Wilh. Hertz,
Frankfurt: Dr. Peter Hertz,
Hamburg: Dr. Peter Hertz, Köln:
Dr. Peter Hertz, München: Dr. Peter
Hertz, Stuttgart: Dr. Peter Hertz,
Wien: Dr. Peter Hertz, Zürich:
Dr. Peter Hertz

Abend-Korrespondenten: Berlin:
Hans-Jürgen Kuntz, Peter
Weitz, Düsseldorf: Dr. Wilh. Hertz,
Frankfurt: Dr. Peter Hertz,
Hamburg: Dr. Peter Hertz, Köln:
Dr. Peter Hertz, München: Dr. Peter
Hertz, Stuttgart: Dr. Peter Hertz,
Wien: Dr. Peter Hertz, Zürich:
Dr. Peter Hertz

Abend-Korrespondenten: Berlin:
Hans-Jürgen Kuntz, Peter
Weitz, Düsseldorf: Dr. Wilh. Hertz,
Frankfurt: Dr. Peter Hertz,
Hamburg: Dr. Peter Hertz, Köln:
Dr. Peter Hertz, München: Dr. Peter
Hertz, Stuttgart: Dr. Peter Hertz,
Wien: Dr. Peter Hertz, Zürich:
Dr. Peter Hertz

Mit Sex fängt man Mäuse

he. - Nach der Premiere im Londoner Westend war die Komödie in Bausch und Bogen verpackt worden. Das war vor über zwölf Jahren. Jetzt erlebt das Stück „No sex please, we are British“ (Kein Sex, bitte, wir sind doch Engländer) seine 5000. Aufführung. In der Theatergeschichte ist nur dieser Dauerbrenner bereits im Februar 1970 eingegangen: als die Komödie, die sich länger als jede andere ohne Unterbrechung auf dem Spielplan gehalten hat.

Produzent John Gale erinnert sich heute noch mit gemischten Gefühlen an den 3. Juni 1971: „Die Leute lachten und reagierten. Es war der reinste Fehlschuss. Und dann waren auch noch die Rezensionen ohne Ausnahme vernichtend, bis Harold Pinter das Stück in der „Sunday Times“ über den grünen Klee lobte.“

Aber das Stück triumphierte über seine Kritiker. Volle Häuser

seit Jahren, zuerst im Strand-Theater, neuerdings im Garrick Theatre. Ganze Busloadungen aus der Provinz. Tausende von Ausländern wollen unbedingt erfahren, was es mit dem Sexleben der Engländer auf sich hat.

Die Schauspielerin Evelyn Laye, die zur Originalbesetzung gehörte, erinnert sich daran, wie verzweifelt der Produzent nach dem Reinfall war. „Ich sagte ihm, er solle sich die Sache doch nicht zu Herzen nehmen. Natürlich werde dieses Stück noch ein Riesenerfolg. Ich habe einen solchen Sinn dafür, und ich verlasse mich immer auf meinen eigenen Sinn. Dabei hatten mir alle abgeraten, mich auf dieses Stück einzulassen.“

In dem Lustspiel ohne Tiefgang haben schon Hunderte Schauspieler mitgewirkt. 3,5 Millionen Besucher haben es gesehen. Und John Gale kann lachen, denn die Bühnengeldgeber hat schon 20 Millionen Mark eingespielt. Trotzdem rangiert er im Guinness-Buch der Rekorde nur an zweiter Stelle. Das britische „Mausoleum“ hat dem britischen Sex nämlich fast zwei Jahrzehnte voraus. Sie schnappt nun schon im 30. Jahr zu.

Bilanz des 18. Sängerbund-Festes in Hamburg

Was Windjammer raunen

In der Goethe-Friedrich-A-Zeit im Jahre 1808 in Berlin in romantischer Erinnerung an die Tefelrunde der legendären Königs Artus den Geist der Liederwelt weckte, mochte er kaum ahnen, daß er eine Bewegung in die Welt setzte, die nach 170 Jahren immer noch die Kehlen vibrieren läßt. Mögen die jungen Leute heute auch anders zwitschern, als die Alten sangen, gesungen wird allen Abkündigungen zum Trotz nicht nur in der Badewanne. Der Volkskundler Ernst Kuhn schrieb 1974 nach umfangreichen Erhebungen: „Der Bundesbürger singt... Fast zwei Drittel singen zuhause, fast ein Drittel oft, ein kleiner Rest nie, wobei die mehr geselligen Typen eher unter den oft Singenden anzutreffen sind.“

In diesen Tagen fielen die Sänger in Hamburg ein. Aus allen Gegenden der Bundesrepublik kamen sie, um sich an den Sängerbundfesten zu beteiligen und tauchten in die bayerischen Wallanlagen in ein bayerisches Dialektgewirr, untermauert mit herzhaft gestimmten Lobgesängen auf Frau Musica und Fräulein Antonia.

Auch aus dem nahen und fernem Ausland flogen die Sängerdrösel und -schwestern (welche letztere es, anders als zu Zeiten mannhafte Zeiten, ja auch längst gibt) trockenerher: auslandsdeutsche Chörevereinigungen von Texas bis Australien, die von ihnen aus den Niederlanden, aus Ungarn, Polen und Bulgarien. Insgesamt mehr als 50 000 Kehlen, beschränkt und wohl verteilt vom Organisationskomitee des Deutschen Sängerbundes.

Irgendwo wies jeder Chor seine Kunst vor. Der einheimische Monteverdi-Chor natürlich im „Mädel“, wo Jürgen Jürgens eine erlebnisreiche Wiedergabe der von ihm anhand der Originalfassung eingesetzten „Marien-Vesper“ Claudio Monteverdis beisteuerte. In der Musikhalle sangen der polnische Knabenchor „Szpaki“ aus Gnesen

brav, der gemischte Chor Pernik aus Bulgarien kam, die „Vox humana“ aus Ungarn kopfknirsch, virtuos und „musikalisch“. Abordnung von der Weinstraße, vom Main und aus den Südtiroler Alpen, aus Stadeln und Winkelhaid ließen sich auf der „Sängenden Meile“ hören: zwischen Colonnaden, Jungfernstieg, Binnenalster und Rathausmarkt unter der sengenden Julisonne. Aber auch die Knechtsteden und Altenstädter hatten sich nicht vergessen, singend zu besuchen.

Sogar Ur- und Erstaufführungen waren zu verzeichnen. Während man seitens der Zugereisten in aller Regel auf Bewährte und Gewohnte setzte, trat die Hamburger „Chorgemeinschaft Ohe“ für die Kantate „Inseln unter den Wind“ nach Gedichten des niederdeutschen Verseschmiedes Norbert Link 1960 im Auftrage des Sängerbundes Hamburg auf. Eine Neuaufführung schillernd verbrämter Windjammer-Romantik, die von sturmgepeinigten Seebären, exotischen Liebesabenteuern und Sehnsucht nach der Heimat maut, hob der „Männerchor der Chorgemeinschaft Salia“ bruststimmig aus der Taufe: schmissig arrangiertes Seemannsgarn aus der Unterhaltungsakademie von Nils Sustrupe.

Begonnen hatte das 18. Chorfest des Deutschen Sängerbundes, das nur alle sieben Jahre stattfindet, mit einem Festakt im Hamburger Rathaus. Von der Funktion, die dem Chorsingen in Stadt und Land zukommt, war da die Rede: Zellen des zwischenmenschlichen Zusammenhalts zu bilden - in einer Zeit, da der einzelne mehr denn je in der Gefahr steht, seine sozialen Kontakte zu verlieren. „Singen heißt verstehen“, war darum auch die Losung, als wäre auf den Füllboden des Gesanges mit Leichtigkeit die Welt zu retten. Doch leider haben wir - obwohl sie hier in Hamburg ausgespart waren - auch recht martialische Klänge im Ohr. LUTZ LESLE

Bernsteins Oper „A Quiet Place“ uraufgeführt

Zwölf Töne klagen im Leichenhaus

Leonard Bernstein, seitfestsitzend in allen Sparten der ernsten und unterhaltenden Musik, hat sich jetzt an einer abendfüllenden Oper versucht. Es ist sozusagen die Fortsetzung einer Etüde von 1952. Vor dreißig Jahren schrieb er nämlich Text und Musik zu einem Operchen im Stile von Hindemiths früheren Einaktern. „Trouble in Tahiti“ handelt vom Leben in Amerikas Vorstädten (der Titel bezieht sich auf einen Film, der dramaturgisch wichtig ist), von einem sich dauernd streitenden und immer aneinander vorbeiredenden Ehepaar. Ein singendes Jazztrio kommentiert, wie ein griechischer Chor, dieses Geschehen.

Im Lauf der Jahre hat Bernstein immer wieder an eine Fortsetzung gedacht. Nun ist sie da: „A Quiet Place“ (nach einem „Stillen Platz“ seht sich das Ehepaar in „Trouble in Tahiti“). Für David Gockley, den Leiter der sich im amerikanischen Musikleben immer stärker in den Vordergrund schiebenden Houston Grand Opera, war es sicherlich ein Coup, daß Bernstein ihm die Uraufführung seines neuesten Werkes anvertraute. Das Kennedy Center in Washington und die Mailänder Scala sind die beiden Institutionen, die es noch in diesem Jahr nachspielen werden.

Dem Einakter „Trouble in Tahiti“ folgte in Houston nun „A Quiet Place“. Die neue Oper schreibt die alte fort: Dina, die Frau in „Tahiti“, ist an den Folgen eines durch Alkohol selbstverschuldeten Autounfalls gestorben. Zur Trauerfeier bei einem Bestattungsunternehmen sind Sam, ihr Mann (auch er aus „Tahiti“), andere Verwandte und Freunde versammelt. Schließlich erscheinen auch Dina's Kinder, die 30jährige Dede mit ihrem Mann Francis, und der 40jährige Junior, der - wie sich später herausstellt - nicht nur ein homosexuelles Verhältnis mit Francis hatte, sondern auch eine incestuöse Bindung zu seiner Schwester beschreibt. Es bleibt ungesagt, ob sein psychopathisches Erscheinungsbild Ursache oder Folge dieser Beziehungen ist.

In den vier Szenen der Oper bemittelt sich die Familie, angesichts des Todes wieder zueinander zu finden, und der Librettist Stephen Wadsworth will uns glauben machen, daß es am Ende trotz aller Schwierigkeiten gelingt. Aber so wenig wie Bernstein mit einem artifiziellen Happy End in „Tahiti“ davon überzeugen kann, ebenso wenig vermag das jetzt auch Wadsworth. Daß diese in den Grundfesten ihres Zusammenhaltes er-

schütterte Familie den „Stillen Platz“ finden könnte, überzeugt als Botschaft nicht.

Im Gegensatz zu „Tahiti“, für das Bernstein ein weitgehend gereimtes Libretto selbst schrieb, greift „A Quiet Place“ auf die amerikanische Umgangssprache der 80er Jahre zurück: halbe Sätze, ungrammatische, nicht selten vulgäre, oft zögernde, stammelnde geäußerte, mit häufigen Wiederholungen und - um den Naturalismus noch zu steigern - mit zahlreichen französischen Brocken des Frankokanadiers François vermischte. So haben Menschen in der Oper noch nie gesprochen und gesungen.

Bernstein benutzt ein volles Orchester. Neben den üblichen Streichern, verdrängte Holzbläser, vier Hörner, drei Trompeten und Posunen, Tuba, drei Schlagzeuger, Kesselpauke, Harfe, Klavier und ein zusätzliches elektronisches Schlagzeug. Die vier Szenen, in die die Oper zerfällt, sind fast symphonisch angelegt, wobei man ohne weiteres an Bernsteins musikalischen Idol Mahler denken darf: explosiv der erste Satz, nachdenklich der zweite, der dritte ein Scherzo und das Finale ein resignierendes Adagio (wie bei Mahlers „Nemten“).

Natürlich setzt Bernstein auch andere musikalische Mittel ein, um dem abgerissenen Dialog gerecht zu werden: serielle Musik bis hin zur Zwölftonmusik, die die Worte der Bestattungsunternehmen begleitet (die in diese Abzinken grundlegendes Symbolik zu denken, überläßt der Komponist dem Hörer), Ton-Clustern, aber dann auch wieder romantisch-konventionelle Arien. Damit erweist sich Bernstein wieder einmal als der große musikalische Pragmatiker, der sich keiner Richtung verschreibt und alle in sein Werk einbezieht. Seine Musik wirkt da am stärksten, wo das Libretto ihm die entsprechenden Möglichkeiten verschafft. In „A Quiet Place“ ist es vor allem die Textlichkeit am besten durchgearbeitete erste, fast dreiviertelstündige Szene der Trauerfeier, in der die Charakterisierung der handelnden Personen in Wort und Ton am besten gelungen ist.

Eine siebenleibige kontrapunktische Ensemblebesetzung stellt hier den Höhepunkt dar. Die bewegende Dramatik des Anfangs wird allerdings im weiteren Verlauf nur noch gelegentlich erreicht. Hinzu kommt, daß man immer geringere Neigung verspürt, sich mit einer der vier Hauptpersonen zu identifizieren: Ihr Tun (und Lassen) trägt dabei, daß dem Hörer der Ausgang bedeutungslos erscheint. Das kann freilich in keiner Weise die große Leistung der Houston Grand Opera schmälern, die mit wenig bekannten Sängern unter der Leitung ihres ständigen Dirigenten John DeMain Bedeutendes vollbracht. Es war sicherlich nicht einfach, die Oper, an der buchstäblich bis in die letzten Tage hinein immer noch gefeilt und geändert wurde, auf die Bühne zu bringen. „Trouble in Tahiti“, das der Uraufführung vorangestellt war, erwies sich dabei als höchstens noch von historischem Interesse, weil diese Oper erkennen läßt, welche Entwicklung Bernstein in den letzten drei Jahrzehnten genommen hat. Aber auch „A Quiet Place“ wird es nicht leicht haben. Die Oper ist kaum übersetzbar, da die hier benutzte idiomatische Sprache nicht durch eine andere ersetzt werden kann, ohne die musikalische Struktur zu zerstören.

Nach einigem Zögern nahm der Beifall stichhaltige Formen an, zumal, als Bernstein auf der Bühne erschien, um allen Mitwirkenden zu danken. HENRY MARX



Dreißig Jahre das Pian gewöhnt: Leonard Bernstein. FOTO: PETER HENCH

Wien: Werfels „Jacobowsky“ unter Otto Schenk

Hauptrolle für Oldtimer

Man könnte fast meinen, Franz Werfel habe, als er sein Theaterstück „Jacobowsky und der Oberst“ entwarf, an die Inszenierung gedacht, die ihm nun von Otto Schenk im Wiener Burgtheater zuteil geworden ist. Sagte er doch, es sei die Komödie einer Tragödie; und anders als komödiantisch kann diese Aufführung kaum gesehen werden. Schließlich ist seit dem Jahre 1943, als Werfel unter dem Eindruck furchtbarer Ergebnisse das Stück geschrieben hat, ein halbes Säkulum vergangen. Der heilsame Schrecken hat sich inzwischen verflüchtigt. Man kann die damaligen Zustände nur gravitativ mutatis mutandis auf heutige, zweifellos auch vorhandene Grauel beziehen.

Der polnische Oberst (Klaus-Jürgen Wussow) dezidiert trotz höchst gelungener Artikulation keine Helldemur mehr. Die schon heute in Polen anders aus. Und der Ostjude Jacobowsky (Kurt Sowietz), der überleben in Jahrhunderten der Verfolgung gelernt hat, trägt geradezu nostalgische Züge. Man fragt sich also nach den Gründen für eine Wiederaufführung und meint sie in dem, was immer, überaus überlegten und informativen Programmheft zu finden, das sich

lebhaft bemüht, dem Leser Werfel ebenso nahebringen, wie er selbst es mit seinem Jacobowsky dem Zuschauer gegenüber unternehmen hat.

Gewiß, in seiner Katharsis gewinnt auch der Oberst, aber fast alles Licht fällt doch auf seinen jüdischen Landsmann. Zu Recht ist die Mittelperson und der menschlich höchst interessante. Nur: Selbst ein so großartiger Autor wie Werfel scheint die Gefahr nicht geahnt zu haben, die er mit seiner bis zur Einseitigkeit getriebenen Sympathie für ihn beschwört. Die Hochstilisierung vermag den Goodwill, der sich ganz selbstverständlich in Humanität zu überbetreibt, in kopfhebe oder wenigstens ratlos zu machen, was eigenartigerweise ganz allgemein selbst den klügsten Köpfen des Judentums nicht bewußt zu sein scheint.

Dies also am Rande einer äußerst wohlgeformten und technisch hochdotierten Aufführung, in der ein echter Oldtimer Oldtimer mit spielt und naturalistische Schreckensbilder des Krieges (Bühnenbild von Matthias Kraß) mehr illustrativ als erschütternd wirken. Großer Beifall. ERICH G. WICKENBURG



Der Durchbruch kam in London: „Der Selbstmörder mit seinem verletzten Kinde“ von G. Doré, 1874, aus der Straßburger Ausstellung. FOTO: MUSEUM STRASSBURG

Straßburg zeigt Gustave Doré als Maler

Höllisches im Großformat

Gustave Doré ist als Illustrator von Balzac und Rabelais, von Dante und vor allem der Bibel weltberühmt geworden. Als Frankfurter gilt er noch immer als der bekannteste Künstler des 19. Jahrhunderts. Doch als Maler - wer kennt ihn so?

Die große, zum Andenken an Dorés 100. Todestag von den Museen der Stadt Straßburg veranstaltete Ausstellung (fast 700 Nummern) gibt zum ersten Mal Gelegenheit, zu prüfen, wie es mit dem Maler Doré bestellt ist. Denn noch nie hat es im Laufe der letzten hundert Jahre eine auch nur im entferntesten ähnliche Darbietung gegeben, die in so betonter Weise dem malerischen Genuß des Künstlers gewidmet gewesen wäre. Diesem gerecht werden, heißt freilich, auch seine Lebensumstände und persönlichen Eigenschaften in der Betrachtung mit einbeziehen. Der 1832 geborene Elsässer Doré, schon früh nach Paris verpflanzt, entfaltete dort rasch sein zeichnerisches Talent. Sein Humor, sein Witz (zuerst an Buchschmuck, dann an den phantastischen visuellen Gedächtnis verbundenen Beobachtungsgehalt verhalfen ihm zu frühem Ruhm. Aber er zielte höher, als im „Journal pour Rire“ zu prunken. Sein Ziel war die Malerei.

Doré ist ein Musterbild für die Psychoanalyse. Er blieb infantil, stark in einem extremen Mutterbindung bis zu deren Tod (sie starb zwei Jahre vor ihm), fand nie zu seiner eigenen Identität und litt unter schwerer Todesangst. Alles das glaubt man seinen Bildern anzusehen. Sie erinnern an quälende Knabenräume, gleichen Beschwörungen, deren Bannkraft man sich nicht entziehen kann.

Obwohl Zeitgenossen Manets, stand dieser Maler außerhalb aller Kunstdebatten; halb mystisch, halb realistisch, mischten sich in seiner Kunst Magie und Religion. Man hat gesagt, es sei sein Verbrechen gewesen, populär zu sein - eine Popularität, die enorm gewesen sein muß. Sie galt freilich dem

Illustrator - und das gerade lehrte er ab. Er wollte den Illustrator töten, damit man von ihm nur noch als Maler spreche. Denn er glaubte, ein geborener Maler zu sein. Und doch hatte er als Maler nur Mißerfolge - bis zu dem Augenblick, wo man ihm 1868 in London eine „Doré-Gallery“ errichtete, in der er alljährlich seine neuen Bilder zeigen konnte.

Es waren dies jene berühmten, riesigen, bis zu 6 mal 10 Metern und mehr, die dann bis 1892 englisches Tagesgespräch waren: Allegorien und religiöse Themen und bis ins Gigantische gesteigerte Darbietungen aus der Literatur - etwa „Dante und Virgil im neunten Kreis der Hölle“. Ein fast die Breite des Straßburger Saales sprengendes Gemälde von irriternder Faszination: eines der ganz wenigen, die noch erhalten geblieben sind. Denn zehn Jahre nach Dorés Tod wanderten sie über den großen Teich, errigten in Amerika Aufsehen - und verschwanden dann spurlos.

Doch Doré hat auch anderes gemalt, und davon bringt Straßburg jetzt gute Beispiele. Es sind neben Allegorien, die uns fremd bleiben, vor allem die Landschaften, in denen Doré uns nahe kommt. Am Ende seines Lebens malte er viel in Schottland, da er die geliebte elisavethische Heimat nach 1871 nicht wieder betreten wollte. Aber auch diese Landschaften hat er dramatisiert und oft kaum durchgeleitet; er hatte die Unlogik der Landschaft, wie Gautier schrieb. Das was den heutigen Betrachter wohl am meisten anspricht, sind die Aquarelle - eine Kunstübung, der er sich erst in seinem letzten Jahrzehnt widmete. Sie - und nicht die fast grotesken plastischen Versuche - sind es, die dem Auge wehtun: Wald-, See- und Bergblicke, oft in jenem zarten Dämmerlicht, in dem der Maler ein Meister war.

Trotzdem: Der Eindruck dieser großartig arrangierten Ausstellung bleibt zwiespältig. Sie hat internationalen Rang - und zeigt einen Künstler, der diesen Rang nicht erreichen konnte. (Bis 31. August) HEINRICH W. PESTZ

JOURNAL

Köln programmiert Filmmas Abgang

Der Hauptausschuß des Rates der Stadt Köln hat einstimmig beschlossen, den Vertrag mit Jürgen Fimm als Intendant des Schauspiel Köln um ein Jahr bis zum Ende der Spielzeit 1984/85 zu verlängern. Dem Antrag des Kulturreferats, den Vertrag bis 1986 zu prolongieren, will der Hauptausschuß nur unter der Bedingung zustimmen, daß Fimm, der mit Hamburg wegen einer Übernahme der Leitung des Thalia Theaters ab 1985 verhandelt, seine Bereitschaft erklärt, in Köln zu bleiben.

„Das Militär inspiriert die Kultur“

JGG, Warschau Der Kultur- und stellvertretende Politchef der polnischen Streitkräfte, Brigadegeneral Albin Zytka, hat auf einem kulturpolitischen Symposium eine weitere Militarisierung der polnischen Kultur angekündigt. Die Kultur könne nicht ein Wert in sich sein, deswegen habe in Zukunft Wehrthematik besonders „nabe stehen“ müsse. Das polnische Militär werde sich mehr denn je als „Inspirateur und Mäzen der Kultur“ betätigen, da gerade die polnischen Streitkräfte die Vaterlandsliebe und die Traditionen der nationalen Kultur pflegten. Armee und Künstler sollten sich gegenseitig geistig „durchdringen“, sagte der General.

Kein Hersfeld-Preis nach den Querelen

Fx, Bad Hersfeld Die Hersfelder Gesellschaft der Freunde der Stiftungsreihe, die seit 1961 für die besten schauspielerischen Leistungen bei den alljährlichen Festspielen verleiht, hat sich entschlossen, diesen Preis 1983 nicht zu vergeben. Die Gesellschaft begründet diesen Schritt mit den Querelen, die nach einem Elendsfest, bei dem ein halbes Mitglied der Waffens-SS innerhalb des Ensembles und zwischen diesem und dem kommissarischen Intendanten Hans-Gerd Kübel entstanden sind. Der Magistrat der Stadt Bad Hersfeld hat unterdessen mit der Mehrheit von CDU und FDP Kübel „erneut und uneingeschränkt“ das Vertrauen ausgesprochen.

Shakespeare-Preis für David Hockney

DW, Hamburg Am morgigen Donnerstag wird im Kaiserpalast der Hamburger Rathaus der diesjährige Shakespeare-Preis der Stiftung P. V. S. an den englischen Maler und Grafiker David Hockney verliehen. Die mit 25 000 Mark dotierte Auszeichnung gilt dem Anteil des englischsprachigen Europa an der Pflege des europäischen Kulturerbes. Ein Stipendium von 9000 Mark erhält Jasper Morrison.

Ungarn bekommt Amerika-Lehrstuhl

AP, Budapest In Budapest ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das die Schaffung eines aus amerikanischen Privatmitteln finanzierten Lehrstuhls für Amerikanistik an der Universität der ungarischen Hauptstadt vorsieht. Amerikanische Professoren sollen dort häufig Vorlesungen über Geschichte, Politik, Sprache und Kultur der USA halten. Beobachter halten dies für einen einmaligen Vorgang in einem Ostblockland. Das Abkommen hat zunächst eine Laufzeit von zehn Jahren.

Speyerer Domchor feiert tausendjähriges Bestehen

dpa, Speyer Auf ein tausendjähriges Bestehen kann der Speyerer Domchor in diesem Jahr zurückblicken. Zum Auftakt mehrerer Jubiläumsvorstellungen erinnerte Domdekan Prälat Bruno Thiebes in der Speyerer Stadthalle an die erste urkundliche Erwähnung Musik im Speyerer Dom im Jahre 983. Dem traditionsreichen Speyerer Domchor, einem der ältesten deutschen Kirchenchöre, gehören 102 Sängerinnen und Sänger an. Der gute Kontakt zu anderen Domchören soll im Spätherbst bei Veranstaltungen dokumentiert werden, an denen die Kirchenchöre von Freiburg, Limburg, Trier, Mainz und Straßburg mitwirken wollen.

Koesters Testament: Parapsychologie

AFF, London Der Schriftsteller und Essayist Arthur Koestler und seine Frau Cynthia, die im vergangenen März gemeinsam freiwillig aus dem Leben schieden, haben in ihrem Testament ihr gesamtes Vermögen von rund 600 000 Dollar für die Gründung eines Lehrstuhls für Parapsychologie an einer britischen Universität bestimmt. Arthur Koestler, der Gründungsmitglied des Verbands „Exit“ für freiwillige Euthanasie war und selbst an einer schweren Leukämie litt, schrieb in seinem Testament: „Ich möchte meinen Freunden mitteilen, daß ich ihre Gesellschaft in Frieden verlasse und mit ein wenig Hoffnung auf ein unpersönliches Leben nach dem Tode, jenseits der Grenzen von Raum, Zeit und Materie und jenseits unseres Verstehens.“ ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Zur Übergabe des Ephraim-Palais an Ost-Berlin

Zuletzt drohte Schilda

Als gestern die ersten Lastwagen Ades „DDR-Spediteurs“ VEB Deutsches Bauwesen“ zu einem wüstem Gelände hinter dem ehemaligen Berliner Kammergericht im Bezirk Kreuzberg fuhren, dort mit Hilfe westlicher Arbeiterhände graue Steinquadern aufstuden und über den Übergang Heinrich-Heine-Straße wieder im Ostteil der Stadt verschwanden, wurde damit der Grundstein für ein langgehegtes Projekt Ost-Berlins gelegt. Mit Übernahme der Steine des Ephraim-Palais wird die Fassade der SED-Architekten, rechteckig zur 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987 den ursprünglichen Stadtkern um die Nikolaikirche in neuer Aufmachung zu präsentieren, immer realistischer.

Der Entschluß des Berliner Senats, mit der Übergabe der rund 3000 Steinquadern, Säulen und Balkenstücke den Wiederaufbau des 1935 abgetragenen Palais an historischer Stelle zu ermöglichen, wird getragen von dem Wunsch, ein „Zeichen der Offenheit“ gegenüber Ost-Berlin zu geben, so Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker. Die vor genau einer Woche im Schöneberger Rathaus abgegebene Überstellung der Fassade stellt eine Politik fort, die mit der Übergabe der von Schinkel geschaffenen Schlossbrückenfiguren vor zwei Jahren unter dem damaligen Bürgermeister Hans-Jochen Vogel begann. Im Gegensatz waren dem Berliner Senat von Ost-Berlin hochkarätige Kunstgut aus dem Archiv der Königlich-Preussischen Porzellanmanufaktur (KPM) ausgetauscht worden.

Ob die Anlieferung des Ephraim-Quaders eine übliche Gegengabe aus dem Ostteil der Stadt nach sich führt, ist derzeit offen. Weizsäcker betonte, es gebe keine förmliche Vereinbarung im Sinne eines Austausches. Im Rahmen der „dauernden Aufgabe, das gewachsene Stadtbild Berlins insgesamt und gemeinsam zu erneuern“, so Weizsäcker, ließ der Senat jedoch durchblicken, daß Interesse an kulturhistorisch bedeutenden Stücken wie beispielsweise den

Beständen des Tegeler Humboldt-Schlosses vorhanden ist, die 1945 auf die Ost-Berliner Museumsinsel geschafft wurden und noch heute dort lagern. Mit der Übergabe der nach Worten des Berliner Landeskonservators Helmut Engel „sehr gut“ erhaltenen Fassade legte der Senat endgültig Überlegungen zu den Akten, das Ephraim-Palais im freien Teil der Stadt wiederaufzubauen. Neben hohen finanziellen Belastungen schreckte jedoch auch der Gedanke an einen Schildbürgerstreich. Denn seit Februar 1981 hatte Ost-Berlin den Festen Willen signalisiert, das Gebäude nur zwanzig Meter vom ursprünglichen Standort zu rekonstruieren.

So wären ohne ein Einlenken des Berliner Senats zwei Neuschöpfungen jenes Berliner Bürgerbaues der Rokoko-Ära entstanden, das der Bankier und Mäzenat Friedrich des Großen, Veit Ephraim, im Jahre 1766 durch Umbauten entstehen ließ. Die gewaltigen Säulen des Palais, die den Hauptgang flankierten und den Balkon des ersten Obergeschosses trugen, waren ein Geschenk des „Alten Fritz“ an seinen Günstling Friedrich des Großen. Veit Ephraim, im Jahre 1766 durch Umbauten entstehen ließ. Die gewaltigen Säulen des Palais, die den Hauptgang flankierten und den Balkon des ersten Obergeschosses trugen, waren ein Geschenk des „Alten Fritz“ an seinen Günstling Friedrich des Großen. Veit Ephraim, im Jahre 1766 durch Umbauten entstehen ließ. Die gewaltigen Säulen des Palais, die den Hauptgang flankierten und den Balkon des ersten Obergeschosses trugen, waren ein Geschenk des „Alten Fritz“ an seinen Günstling Friedrich des Großen.

Im Jahr 1843 ging das Palais in den Besitz Preußens über, 1935 wurde es zwecks Erweiterung des Mühlendammes abgetragen. Dabei wurden die Arbeiter Stein für Stein für einen späteren Wiederaufbau. Rund 94 Prozent der Fassade, so die Expertenschätzungen, überstanden den Krieg unbeschadet; zuletzt lagerten sie seit nunmehr zwei Jahren auf dem Wiesengrund hinter dem heutigen Berlin-Museum.

Wenn in drei Wochen der Transport der Ephraim-Fassade nach Ost-Berlin abgeschlossen ist, wird die von Berlins Politikern beschworene Geschichtsgemeinschaft der geteilten Stadt weiter an Konturen gewonnen haben. Richard von Weizsäcker hofft nun, daß die Übergabe des Ephraim-Palais „andere Felder der Zusammenarbeit zwischen Ost und West“ weiter öffnet. FRIEDEMANN DIEDERICHS

